

Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Maren Friedlaender	FDP
Frau Monika Ruiten	DIE LINKE
Herr Ludwig von Rautenstrauch	

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Herr Dr. Reinhard Heinemann
Frau Dr. Heike Otto
Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Palm	Behindertenvertretung	
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung	in Vertretung für Herrn Klehn
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln	

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg	Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften
Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	Dezernat für Kunst und Kultur
Herr Dr. Konrad Schmidt-Werthern	Leiter des Kulturamtes
Herr Dr. Sven Schütte	Leiter Archäologische Zone
Herr Roderich Stumm	Dezernat für Kunst und Kultur
Herr Dr. Marcus Trier	Römisch-Germanisches Museum

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Gabel proKöln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Rita Krause auf Vorschlag der pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Gert Klehn

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt die Anwesenden und weist einleitend darauf hin, dass die Betriebsausschüsse Bühnen der Stadt Köln, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud am 4. Juli 2011 stattfinden. Sie merkt an, dass eine Regelung zur Steuerfrage des Künstlers Gunter Demling gefunden worden sei. Hierdurch erübrige sich aus ihrer Sicht ein Votum des Ausschusses Kunst und Kultur.

Beigeordneter Prof. Quander macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

- TOP 3.3 Mitteilung der Verwaltung zu den „Investitions- und Sanierungsplan für Kulturbauten“
- TOP 4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Patenschaftsvereinbarungen Grabsteine“
- TOP 6.1 Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der „Entgelt- und Honorarordnung des Museumsdienstes“
- TOP 6.8 Beschlussvorlage bezüglich der „Überplanmäßigen Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2011“
- TOP 10.11 „Jahresbericht 2010 Museumsdienst Köln“,
- TOP 10.12 Beantwortung einer mündliche Anfrage aus der letzten Sitzung bezüglich der „Erweiterung der Öffnungszeiten des NS-Dokumentationszentrums“
- TOP 10.13 Stellungnahme der Stadtkonservatorin zur „Sanierung des Uferbereiches am Friedrich-Ebert-Ufer in Köln-Porz zum 2. Bauabschnitt der Stützmauer am Friedrich-Ebert-Ufer“

Außerdem liegt zur Information des Ausschusses Kunst und Kultur der gedruckte Bericht zum 3. kulturpolitischen Symposium zur Archäologischen Zone als Mitteilung vor.

Zum Ablauf der Sitzung schlägt er vor, die Beantwortung zu 4.1 zu der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Gründung einer Festspiel GmbH" und den Tagesordnungspunkt 10.10 „Musikfestivals in Köln“ in Verbindung mit dem Schwerpunktthema unter TOP 2.3 „Darstellung der Sparten im Kulturausschuss - Musik“ zu besprechen, da dies thematisch eng miteinander verknüpft sei.

Außerdem bittet er den Ausschuss Kunst und Kultur darum, Frau Prof. Susanne Keuchel zum Tagesordnungspunkt 2.4 „Kulturwelten in Köln“ das Rederecht zu erteilen. Er schlägt abschließend vor, die Sitzung mit der Vorführung des Films „Bunt. Offen. Beflügelnd.“, der für die Kulturstadt Köln werbe, zu beginnen.

RM von Bülow fragt nach dem Tagesordnungspunkt 6.9 „Akademie der Künste der Welt, Köln“.

Beigeordneter Prof. Quander macht darauf aufmerksam, dass die Beschlussvorlage noch nicht vom Oberbürgermeister schlussgezeichnet sei und empfiehlt deshalb, am 4. Juli 2011 eine Sondersitzung des Ausschusses Kunst und Kultur einzuberufen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur ist damit einverstanden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 10.4 „Fachkonzept des Historischen Archivs der Stadt Köln“ nach der Sommerpause zu behandeln.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln
1445/2011

Sachstandsbericht zur Archäologische Zone / Jüdisches Museum
2326/2011

2.2 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss
hier: Filmkultur
2312/2011

2.3 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss
hier: Musik
2484/2011

2.4 Kulturwelten in Köln

2.5 Präsentation des Wettbewerbsergebnisses Historisches Archiv und Kunst-
und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv

3 Kulturbauten

3.1 Sanierung Römisch-Germanisches Museum
1506/2011

Sanierung des Römisch-Germanischen Museums
Mitteilung der Verwaltung
2264/2011

3.2 Sanierungsprogramm Museen und Kulturbauten
2398/2011

3.3 Investitions- und Sanierungsplan für Kulturbauten
2520/2011

4 Schriftliche Anfragen

- 4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Gründung einer Festspiel GmbH"
AN/1171/2011

Beantwortung der Verwaltung
2407/2011

- 4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Sanierungsbedarf der Orangerie"
AN/1234/2011

- 4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Patenschaftsvereinbarungen Grabsteine"
AN/1330/2011

5 Schriftliche Anträge

6 Allgemeine Vorlagen

- 6.1 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 67480/03
Arbeitstitel: Clouth-Gelände in Köln-Nippes, 1. Änderung
3797/2010

- 6.2 Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln
1579/2011

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln"
AN/1364/2011

- 6.3 Konzept Kunst im öffentlichen Raum in Köln
hier: Sechsmontatiger Feldversuch "Labor für Kunst im öffentlichen Raum"
1720/2011

- 6.4 Ernennung des Tanzbeirates
2095/2011

- 6.5 Bedarfsfeststellung Wiederaufbau des Historischen Archivs
2210/2011

- 6.6 Stiftung Skulpturenpark Köln
hier: Zuschuss der Stadt Köln
1985/2011

- 6.7 Rheinboulevard -Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Archäologie und Teilumplanung der Gründung
2037/2011
- 6.8 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das
Haushaltsjahr 2011
0731/2011
- 6.9 Akademie der Künste der Welt, Köln
hier: Gründungsbeschluss u. a.
2374/2011
- 7 Sonderausstellungen**
- 8 Annahme von Schenkungen**
- 9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 10 Mitteilungen der Verwaltung**
- 10.1 Beschlussprotokoll der 4. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2009 -
2014 am 5.5.2011
1999/2011
- 10.2 Mündliche Anfrage von Frau Brunn bezüglich der Standorte für den Tanz vom
18.01.2011
Beantwortung der Verwaltung
2000/2011
- 10.3 Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grü-
nen betreffend "Medienetat der Stadtbibliothek"
Beantwortung der Verwaltung
2010/2011
- 10.4 Fachkonzept des Historischen Archivs der Stadt Köln
2400/2011
- 10.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Kosten für städtische Bühnen
und freie Kulturszene durch Neuordnung der Funkfrequenzen" vom
22.03.2011
Beantwortung der Verwaltung
2316/2011
- 10.6 Information des Kulturausschusses über den Sachstand bzgl. der städtischen
Künstlerateliers
2417/2011

- 10.7 Denkmalpflegerisches Gutachten zum Friedhof Ehrenfeld 2011
2440/2011
- 10.8 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln
100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt'
2315/2011
- 10.9 15. Kölner Museumsfest
2497/2011
- 10.10 Musikfestivals in Köln
2420/2011
- 10.11 Jahresbericht 2010 Museumsdienst Köln
2501/2011
- 10.12 Erweiterung der Öffnungszeiten des NS-Dokumentationszentrums
2634/2011
- 10.13 Sanierung des Uferbereiches am Friedrich-Ebert-Ufer in Köln-Porz
hier: 2. Bauabschnitt -Stützmauer am Friedrich-Ebert-Ufer
2553/2011
- 10.14 Finanzberichtswesen für das Museum Ludwig zum 17.06.2011
1592/2011
- 11 Mündliche Anfragen**

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

13 Schwerpunktthemen

14 Schriftliche Anfragen

15 Schriftliche Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

16.1 Zukünftige Nutzung und Vermarktung des Staatenhauses am Rheinpark
0318/2011

16.2 Kulturbunker Mülheim e. V.
1981/2011

17 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18 Mitteilungen der Verwaltung

18.1 Stiftung Stadtgedächtnis
2552/2011

19 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln 1445/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Sachstandsbericht zur Archäologische Zone / Jüdisches Museum 2326/2011

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, den Sachstandsbericht Archäologische Zone / Jüdisches Museum gemeinsam mit der gleichlautenden Beschlussvorlage zu behandeln und mit dem Bericht zu beginnen.

Beigeordneter Prof. Quander weist einleitend darauf hin, dass der Rat am 13.4.2010 die Verwaltung, vorbehaltlich der rechtsverbindlichen Zusage von Fördermitteln in Höhe von 35,9 Mio. EUR, mit der Ausführung von Archäologischer Zone und Jüdischem Museum beauftragt habe. Grundlage hierfür sei die Entwurfsplanung mit berechneten Kosten von seinerzeit 48 Mio. EUR bei einem städtischen Eigenanteil von rund 12 Mio. EUR gewesen.

Diesen Baubeschluss habe man bisher nicht umsetzen können, weil die vom Rat erwartete Fördermittelgröße bis auf in Aussicht gestellte Städtebauförderungsmittel von 14,3 Mio. EUR trotz erheblicher Bemühungen der Verwaltung nicht erreicht worden sei. Die verschiedenen Spitzengespräche zielten dabei insbesondere auf weitere EU-Mittel und Mittel aus der Museumsbauförderung des Landes. Ein Antrag auf Förderung aus dem Denkmalpflegeprogramm des Bundes in Höhe von 0,8 Mio. EUR sei noch nicht beschieden worden.

Er führt aus, dass man dem Rat vorschlagen wolle, für den Teil der Gesamtbaukosten, welcher nicht der Förderung aus Städtebauförderungsmitteln unterliege, eine städtische Finanzierung zu beschließen und so die Realisierung des national und europaweit bedeutenden Projekts sicherzustellen und um nunmehr die Kontinuität der Arbeit der Architekten und Fachplaner zu gewährleisten, den Fortgang der archäologischen Grabungen sicherzustellen und ohne weiteren größeren Zeitverzug mit der Bauausführung zu beginnen.

Er macht darauf aufmerksam, dass der entscheidende Anlass für die heute eingebrachte Ratsvorlage die Auflage des Fördermittelgebers Land sei, die Gesamtfinanzierung des Projekts „im Frühjahr 2011“ nachzuweisen, damit die in Aussicht gestellten Städtebauförderungsmittel nicht verloren gehen. Der vorgesehene Zeitplan mit dem Ziel einer Ratsentscheidung am 14. Juli 2011 sei dem Land mitgeteilt worden.

Er zeigt auf, dass die fortgeschriebene Entwurfsplanung und die neu berechneten Gesamtbaukosten von 51,7 Mio. EUR zu einem städtischen Eigenanteil von 37,4 Mio. EUR führen, wenn der Rat dem Verwaltungsvorschlag folge. Um eine Entlastung des städtischen Haushalts hinsichtlich der Folgekosten zu erreichen, erarbeitet die Verwaltung derzeit eine Vereinbarung mit dem Landschaftsverband Rheinland über eine Beteiligung an den Betriebs- und Personalkosten. Er weist darauf hin, dass ein erheblicher Teil der städtischen Belastung dem Ausstieg des jüdischen Vereins aus Errichtung und Betrieb des Jüdischen Museums geschuldet sei. Sofern der Rat auf die Erhöhung des städtischen Finanzierungsanteils und damit auf die Realisierung der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums verzichtet, entstehen verlorene Kosten i.H.v. 5,4 Mio. EUR und Städtebauförderungsmittel i.H.v. 14,3 Mio. EUR gehen verloren. Er macht außerdem deutlich, dass insbesondere für die Stadt Köln aber auch für das Land NRW ein erheblicher kulturpolitischer und Image-Schaden eintreten würde. Die Archäologische Zone mit Jüdischem Museum gehört zu den spannendsten nordrhein-westfälischen, wenn nicht deutschen oder gar europäischen Projekten. Hier werden zwei Jahrtausende Stadtentwicklung, gemeinsames Leben, Leiden, Freude und Trauer von Völkern, Kulturen und Religionen an einem Ort sichtbar. Die Qualität der Monumente ist herausragend, im nordeuropäischen Raum braucht das Ensemble keinen Vergleich zu scheuen. Zeugnisse eines jüdischen Viertels über einem römischen Statthalterpalast sind auch im Mittelmeerraum nicht anzutreffen. Durch den Verzicht auf eine Realisierung würde die Stadt die Chance auf eine historische Visitenkarte für Köln, für Nordrhein-Westfalen, die Bundesrepublik und Europa vergebend.

Anschließend erläutert er anhand einer PowerPoint Präsentation den aktuellen Sachstand.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass es durch die Archäologische Zone in Europa die einmalige Situation gebe, in der sich die Geschichte von Köln verdichte. Man habe sich bereits frühzeitig für eine angemessene Präsentation dieses historischen Zusammenhangs und für ein Museum eingesetzt und sei froh, ein solches Erbe vorweisen zu können. Sie begrüßt außerdem, dass man mit den Architekten ein Büro gefunden habe, welches für die besondere Situation eine angemessene Architektursprache gefunden habe. Von daher wolle ihre Fraktion das Projekt weiter unterstützen.

Sie fragt, in welchem Kontext die Ausschreibung der Innenarchitektur erfolgt sei. Ihres Erachtens gebe es hierzu keine grundsätzliche Beschlusslage. Sie zeigt sich verwundert, dass dies bereits ausgeschrieben worden sei. Sie fragt, ob das Konzept der Ausstellung, welches ebenfalls etwas mit der Innenarchitektur zu tun habe, zunächst dem wissenschaftlichen Beirat vorgelegt werde.

Beigeordneter Prof. Quander betont, dass dies selbstverständlich der Fall sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass ursprünglich vom Haus der jüdischen Kultur und nicht von einem Jüdischen Museum die Rede gewesen sei. Sie spricht sich für die Benennung Archäologische Zone / Haus der jüdischen Kultur aus. Außerdem möchte sie wissen, ob das Kolloquium für die Politik öffentlich sei.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass die Ausschreibung der Innenarchitektur Teil des Gesamtprojektes sei und mit der Regionale-Agentur und dem Land verabredet wurde. Es sei von deren Seite darauf gedrängt worden, die notwendige Ausschreibung frühzeitig durchzuführen, bei der es sich um eine übliche europaweite Ausschreibung nach dem VOF-Verfahren handele. Hierfür haben sich sechs Büros für die Auswahl qualifiziert. Er macht darauf aufmerksam, dass es viele Schnittstellen zwischen dem Architekturbüro und dem Innenarchitekten gebe.

Bezüglich des Kolloquiums erklärt er, dass es sich hierbei um ein wissenschaftliches Fachkolloquium handele und dies keine öffentliche Veranstaltung sei. Man habe sich darauf verständigt, die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates und die Fraktionsvorsitzenden hierzu einzuladen.

Zum Vorschlag der Benennung in Archäologische Zone / Haus der jüdischen Kultur erläutert er, dass man sich diesbezüglich an den Ratsbeschluss halte und dieser ggf. geändert werden müsse.

RM Möller weist darauf hin, dass das Kolloquium am 6. und 7. Juli 2011 stattfinde.

RM Dr. Elster wundert sich, dass es schwierig sei, Fördermittel für dieses einzigartige Projekt zu erhalten. Zur Kostenentwicklung möchte er wissen, ob für das Projekt eine erneute Kostensteigerung zu erwarten sei. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass 2009 die Kosten mit 44 Mio. EUR beziffert worden seien, 2010 gab es eine Kostensteigerung von 10 Prozent und 2011 sei man bereits bei einer Summe von 52 Mio. EUR angelangt. Diese Kostenentwicklung sei für ihn nicht nachvollziehbar und er bittet im Hinblick auf die Folgejahre um detaillierte Informationen. Außerdem weist er auf zugesagte Landesfördermittel in Höhe von 14,3 Mio. EUR für Städtebauförderung hin. Hierzu gebe es die Aussage des früheren Ministers, dass dies an die Archäologische Zone gekoppelt sei und man konzeptionell die beiden Bereiche trennen müsse, um die Förderfähigkeit nicht zu verlieren. Er fragt, ob die Aussage nach wie vor Bestand habe und wie in der Planung dem Rechnung getragen werde.

Zudem hält er es für sinnvoll, die Archäologische Zone in Köln wissenschaftlich zu publizieren und fragt, in welchem Umfang dies geplant sei und wann man damit rechnen könne.

Er bittet auch darum darzustellen, worin sich die nicht unerheblichen laufenden Betriebs- und Folgekosten begründen und was sich genau dahinter verberge. Schließlich liege ein entsprechendes Konzept bisher nicht vor.

Bezüglich der Beschlussalternative fragt er, ob es keine Stufe dazwischen gebe und bittet die Verwaltung dies entsprechend zu kommentieren.

Er erkundigt sich nach der Möglichkeit, die Beschlussvorlage nach der Sommerpause zu behandeln, da seine Fraktion momentan erheblichen Beratungsbedarf habe und dieser auch nach einer Beantwortung der gestellten Fragen weiterhin bestehen könne. Abschließend fragt er, wie sich die Baunebenkosten aufschlüsseln und ob diese in der skizzierten Höhe tatsächlich erforderlich seien.

Er bittet darum, die Fragen bis zur Ratssitzung zu beantworten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt klar, dass es sich nicht nur um eine Erhöhung der Kosten, sondern um eine Steigerung des städtischen Anteils handele.

RM Möller verweist auf die letzte Beiratssitzung, in der angemahnt worden sei, dass zu viele unterirdische Stützen für das Museum eingeplant seien. In dem vorgetragenen Sachstandsbericht sei die Tragwerkskonstruktion angesprochen worden. Allerdings gebe es in der Beschlussvorlage hierzu keine Angaben. Insofern wäre es ihres Erachtens wichtig zu erfahren, ob es diesbezüglich eine neue Planung gebe und wie sich diese in den Kosten niederschlage oder ob diese bereits in den vorliegenden Baukosten eingerechnet worden seien.

RM von Bülow macht deutlich, dass die Bedeutung der Ausgrabungen der Archäologischen Zone und des jüdischen Erbes nicht zur Diskussion stehen und unstrittig seien. Sie bemerkt, dass nach ihrem Wissensstand die Politik an der Ausschreibung der Innenarchitektur nicht beteiligt wurde und fragt, ob dies der Fall gewesen sei. Des Weiteren erkundigt sie sich, inwieweit das Projekt bezüglich der Grabungen eingegrenzt werde. Schließlich handele es sich hierbei um einen Kostenfaktor, der auf die Stadt Köln zukomme. Sie führt aus, dass bezüglich der Einsparungen die Aussage

getroffen worden sei, dass man auf bestimmte Dinge verzichten könne. Sie fragt in diesem Zusammenhang, nach welchen Kriterien man dies tun wolle. Außerdem möchte sie wissen, inwieweit die Fördergelder gesichert seien. Sie habe gehört, dass die Bundesgelder durch die Art der Antragsstellung nicht bewilligt worden seien. Sie erkundigt sich nach den Möglichkeiten, andere Anträge zu stellen und den Chancen, diese bewilligt zu bekommen. Außerdem sei für sie die Beteiligung des LVR wichtig und sie bittet darum, hierzu den aktuellen Sachstand der Verhandlungen mitzuteilen

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass die Frage nach zusätzlichen Fördermitteln für das Projekt schwierig zu beantworten sei. Dies habe damit zu tun, dass das Projekt ursprünglich anders angegangen worden sei und es eine Landesförderung von 20 Mio. EUR gegeben habe. Es habe die Hoffnung gegeben, beispielsweise EFRE-Mittel aus dem Tourismusbereich einzuwerben. Dies könne jedoch nur unter Beteiligung der Landesregierung geschehen und sei bisher nicht gelungen, obwohl mit der alten und neuen Landesregierung Gespräche hierzu geführt worden seien.

Er betont, dass man seitens des BKM eine positive Prognose für die Förderung durch den Bund erhalten habe und ihm sei bisher nichts Gegenteiliges bekannt. Im Übrigen liege noch keine Entscheidung des BKM vor. Hierbei gehe es um 800.000 EUR.

Zu der Kostenentwicklung erläutert er, dass mit fortgeschrittener Planung bestimmte Dinge auftauchen, mit denen vorher nicht zu rechnen gewesen sei. Er nennt in diesem Zusammenhang das Beispiel der vor dem Rathaus verlaufenden IT-Leitungen von denen erst später festgestellt wurde, dass sie neu verlegt werden müssen, weil dort die Grabungsstelle sei und man den Anschluss an das Praetorium hinbekommen müsse.

Er macht deutlich, dass er nicht nur einen externen Kostenrechner, sondern auch einen externen Projektsteuerer für das Gesamtprojekt begrüßen würde. Die Erfahrung, die man diesbezüglich mit dem Bühnenprojekt bislang gemacht habe, sei durchaus positiv zu bewerten.

Der Leiter des Planungsreferates Stumm erläutert zu der Kostenentwicklung, dass es sich bei der Summe von 44 Mio. EUR aus dem Jahre 2009 um eine Kostenschätzung handle. Die erste Kostenberechnung in Höhe von 48 Mio. EUR auf der Grundlage einer Entwurfsplanung habe es im vergangenen Jahr gegeben. Er weist darauf hin, dass sich im vergangenen Jahr herausgestellt habe, dass mit einer weiteren Feinjustierung dieses komplexen Vorhabens ein Betrag von 51,7 Mio. EUR bei der Entwurfsplanung erreicht würde. Zu den von RM Dr. Elster angesprochenen 14,3 Mio. EUR im Schreiben des Ministers erklärt er, dass die Mittel nicht zugesagt, sondern in Aussicht gestellt seien. Eine Zusage könne erst auf Grund eines bewilligten und beschiedenen Städtebauförderungsantrages erfolgen. Im Schreiben des Ministers sei die Darstellung der fördertechnischen Trennung von Archäologischer Zone und Jüdischem Museum gefordert worden, weil lediglich die Archäologische Zone aus Mitteln der Regionale 2010 zu fördern sei und nicht das Jüdische Museum. Wie man dies im Antragsverfahren mit der Bezirksregierung hinbekomme, sei noch offen. Schließlich seien eine Menge Synergien und technische Verwobenheiten bei dem Projekt vorhanden.

Beigeordneter Prof. Quander macht darauf aufmerksam, dass der Grabungsbericht den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirates seit geraumer Zeit vorliege. Dieser habe vorgeschlagen, das Kolloquium abzuwarten, um die wissenschaftliche Diskussionsbasis zu erweitern. Selbstverständlich erscheine eine Publikation über das Kolloquium und den weiteren Fortschritt der Arbeiten. Es müsse allerdings der Ratsbeschluss zur Archäologischen Zone / Jüdisches Museum abgewartet werden.

Zu den laufenden Betriebskosten erklärt er, dass sich diese durch die Größe des Projektes von über 7500 qm errechne und mit einem großen Museum vergleichbar seien.

Die ermittelten Zahlen seien realistisch und nicht üppig gerechnet. Die Summe ergebe sich beispielsweise bedingt durch Betriebskosten und Bewachungskosten.

Zur Beschlussalternative macht er deutlich, dass es aus seiner Sicht keine weitere Alternative gebe, weil man die Archäologie als Grund und als Kernstück habe. Diese könne man nicht herauslösen und z.B. im Römisch-Germanischen Museum ausstellen. Dies sei lediglich mit einigen Funden möglich. Das Projekt könne man nur vor Ort und ungeteilt realisieren. Bei Nichtweiterführung des Projektes müsse die Fläche wiederhergestellt werden und es käme dadurch zu verlorenen Planungskosten. Eine Verschiebung der Entscheidung bis nach der Sommerpause würde er nicht befürworten und verantworten. Das Land habe deutlich gemacht, dass es im Frühjahr 2011 eine Entscheidung über die Gesamtmaßnahme geben müsse, weil sonst die 14,3 Mio. EUR Städtebauförderung verloren gehen. Er weist auf ein Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister und dem Bauminister hin, in dem vereinbart worden sei, dass der Beschluss in der Juli-Sitzung des Rates gefasst werden müsse.

Zu den Baunebenkosten erläutert der Leiter des Planungsreferates Stumm, dass laut Aussage der Gebäudewirtschaft ein Planungs- und Nebenkostenanteil von 25 Prozent angemessen sei. Er schlägt vor, dies detailliert durch die Gebäudewirtschaft aufschlüsseln zu lassen.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert weiter, dass es zwei verschiedene unterirdischen Stützen gebe. Das Eine sei die Tragwerkskonstruktion des Jüdischen Museums, die so angelegt wird, dass dies auf wenigen Stützen frei tragend über der Ausgrabungsfläche stehe. Die Stützen, die RM Möller angesprochen habe, liegen zwischen dem Historischen Rathaus und dem Spanischen Bau außerhalb des Gebäudes unter der Straßenfläche, um sie für schwere Fahrzeuge befahrbar zu machen. Bei den in der Präsentation gezeigten Stützen handele es sich um reine Platzhalter. Über die Platzierung dieser Stützen könne erst entschieden werden, wenn man wisse, wo kein archäologischer Befund sei, welcher dadurch zerstört werden könne. Dies sei noch variabel und ändere nichts an den Kosten.

Zu der Auswahlrunde zur Ausschreibung der Innenarchitektur im Mai erläutert er, dass die Politik eingeladen worden sei. Er sagt zu, dem Ausschuss Kunst und Kultur und den Ratsmitgliedern das entsprechende Ergebnis schriftlich mitzuteilen.

Er teilt weiter mit, dass nicht beabsichtigt sei, die Grabungen weiter auszuweiten und man sich noch immer im Wettbewerbsfeld befinde.

Bezüglich der Beteiligung des LVR erklärt er, dass eine erste Verhandlungsrunde geführt worden sei, um die Interessenslagen und Positionen zu klären. Hierbei habe man über verschiedene Modelle gesprochen, wie beispielsweise über eine Beteiligung an Betriebskosten, welche Einflussnahmemöglichkeiten es für den LVR geben könne oder ob es soweit gehe, dass der LVR den Komplettbetrieb übernehmen wolle. Es sei vereinbart worden, den Baubeschluss abzuwarten. Im Übrigen sei ihm vom LVR mitgeteilt worden, dass eine Entscheidung vor 2012 nicht möglich sei. Man versuche, die Vereinbarung bis zum Herbst auszuarbeiten. Außerdem müsse der LVR die Angelegenheit seinen Gremien vorlegen und dort beschließen.

Frau Brunn bemerkt, dass die Archäologische Zone / Jüdisches Museum eines der interessantesten Projekte in Köln sei und man die jüdischen Funde, die Synagoge und die Mikwe der Öffentlichkeit zeigen müsse. Deshalb müsse erreicht werden, dass das Projekt zu Stande komme. Sie kritisiert jedoch die Art des bisherigen Ablaufs, der große Probleme aufweise. Man erfahre nun, dass eine Agentur nicht nur ausgeschrieben, sondern bereits eingesetzt worden sei. Sie erinnert daran, dass im November 2009 anhand einer Dringlichkeitsentscheidung beschlossen worden sei, eine Agentur auszuwählen, die eine Kommunikationsstrategie für die Regionale 2010 erarbeiten sollte. Sie fragt, ob die Politik bei der Ausschreibung involviert gewesen sei und wel-

che Aufgabenstellung es für die Agentur bei deren Findung gegeben habe. Sie möchte wissen, warum bei der Regionale 2010 die Archäologische Zone nicht vorgekommen sei und fragt außerdem, warum eine Innenarchitektur zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschrieben werde, obwohl man noch nicht wisse, wie der Innenbereich aussehen solle. Sie erkundigt sich außerdem nach dem Grabungsbericht. Bisher liege dem Beirat lediglich eine Fotodokumentation vor. Hier benötige man noch mehr Informationen. Sie hofft in diesem Zusammenhang auf die Auswertung des Symposiums.

Sie verweist zudem auf Fragen, die in den letzten Sitzungen gestellt und noch nicht hinreichend beantwortet seien. Dabei ging es um den Projektkoordinator, der einen Bericht vorgelegt habe. Dieser sei dem Ausschuss Kunst und Kultur bisher nicht zur Kenntnis vorgelegt worden und sie fragt, wann dies geschehe. Der Bericht sei wichtig, um Konsequenzen aus der Organisation des Projektes zu ziehen. Außerdem fragt sie nach den Bedenken der Bodendenkmalpflege, welche die untere Konstruktion des Museums betreffen. Sie möchte wissen, wie man damit umgehen werde, weil hier scheinbar die Zuständigkeit geändert worden sei. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass es schwierig sei, die Zeitschiene für die Durchführung des Projektes zu erkennen.

Herr Deutsch macht deutlich, dass seine Fraktion hinter dem gesamten Projekt Archäologischen Zone und Haus der jüdischen Kultur stehe und hebt dabei hervor, dass Geschichte nicht teilbar sei. Man könne nicht einen archäologischen Rundgang als Erweiterung des Praetoriums installieren und diesen nicht in einer angemessenen Weise herausarbeiten. Dieser außergewöhnliche Platz sei die Verbindung christlich jüdischer Geschichte in Nordeuropa. Es gebe seines Erachtens keinen Befund, der dies ähnlich repräsentiere. Die Befunde werden die Wissenschaftsgeschichte nachhaltig beeinflussen und die Überlieferungen seien in ihren Trägern, der Datierung und wahrscheinlich auch in ihrem Bestand einmalig. Er hebt hervor, dass die schriftliche Überlieferung der jüdischen Volkssprache sehr spät im Mittelalter einsetze, obwohl ihre frühere Existenz bekannt sei. Hier gebe es nun die frühesten Belege dafür. Bisher seien Mainz, Trier und Worms die Zentren jüdischer Gelehrsamkeit gewesen. Nun werde Köln, als eines der frühesten Zentren jüdischen Lebens im mittelalterlichen Deutschland, an deren Seite treten. Dies sollte nach dem Beschluss offensiv nach außen getragen werden und an erster Stelle stehen.

Herr Sörries erinnert daran, dass beim Wettbewerb zur Ausstellungsplanung die Säulen bemängelt worden seien. Er stellt fest, dass die Säulen in der Planung nach wie vor vorhanden seien und es sich nach seiner Auffassung um keine Platzhalter handle. Er befürchtet, dass im Endeffekt eine Menge von Säulen die Architektur erschlage. Der Standort der Säulen müsse spätestens dann in der Planung vorhanden sein, wenn man mit dem Bau beginnen wolle. Seitens der Innenarchitektur müsse dies ebenfalls berücksichtigt werden. Zudem seien die Kosten zu berücksichtigen, auch wenn es sich um ein Projekt handle, welches gefördert werden solle.

RM Hoffmann betont, dass er das Projekt unterstütze, allerdings müsse die Finanzierung gesichert sein. Außerdem bemängelt er, dass es keine wirkliche Beschlussalternative gebe.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass es bezüglich der Kommunikations-Agentur einen Beschluss gegeben habe. Dies sei mit dem Land und der Regionale abgestimmt worden. Es habe eine europaweite Ausschreibung gegeben und hierüber sei die Politik informiert worden. In der Ausschreibung sei festgehalten worden, was zum Aufgabenbereich der Agentur gehöre. Der vorliegende Sachstandsbericht sei eine Diskussionsgrundlage, welche die Agentur nach seiner Ansicht gut erarbeitet habe. Dies gelte auch für die Namensgebung des Projektes. Er weist darauf hin, dass Archäologische Zone / Jüdisches Museum stets ein Arbeitstitel gewesen sei.

Er macht darauf aufmerksam, dass im vergangenen April der Baubeschluss unter Vorbehalt beschlossen worden sei. Den Vorbehalt, zusätzliche Fördergelder einzuwerben, habe man auf Grund der Unsicherheit über die Realisierung des Projektes nicht einlösen können.

Er weist darauf hin, dass ein Grabungsbericht bisher nicht vorliege. Es gebe jedoch eine Zusammenstellung von Bildern über die Grabungen mit den entsprechenden wissenschaftlichen Auswertungen, welche für den Fachbeirat vorgesehen seien. Darüber hinaus werde das Kolloquium dies vertiefen und andere Perspektiven eröffnen. Das Ergebnis werde dem Ausschuss Kunst und Kultur zugänglich gemacht.

Er erinnert daran, dass das Projekt eine Vorgeschichte habe. Es habe einen Wettbewerb gegeben, der ausgeschrieben worden sei und dessen Text minutiös mit allen Partnern abgestimmt worden sei. Dies sei in mehreren Ausschusssitzungen diskutiert worden und vom Rat beschlossen worden. Hierbei sei das Projekt genau beschrieben worden und man erfülle genau das, was in der Projektbeschreibung enthalten gewesen sei. Er betont, dass der Ratsbeschluss entsprechend umgesetzt werde und es keine freihändigen Planungen gebe.

Zu dem Projektkoordinator sagt er aus, dass dieser für die Leistungsphasen 1-3 beauftragt worden sei. Diese seien mit dem Baubeschluss des vergangenen Jahres erfüllt worden. Der Bericht sei bisher nicht vom Ministerium kommentiert und zurückgeschickt worden.

Bezüglich der Zuständigkeit für die Bodendenkmäler sei durch eine Verfügung des Oberbürgermeisters klargestellt worden, dass die Archäologische Zone für ihren Bereich Obere Denkmalbehörde sei.

Zum Zeitmaßnahmenplan erklärt er, dass daran gearbeitet werde. Er schlägt vor, die Fortschreitung zu einem regelmäßigen Tagesordnungspunkt zu machen.

Herr Sörries führt aus, dass in dem gesamten Plan Stützen vorgesehen seien. Er fragt, was mit dem Bereich geschehe, der bereits ausgegraben sei und wo das Tragwerk aufgebaut werde.

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte erklärt, dass die Stützen sich im bereits bekannten Grabungsfeld befinden und dies mit den Architekten abgestimmt sei. Im Übrigen seien die benötigten Stützen so angebracht, dass sie relativ verdeckt seien. Es werde darauf geachtet, dass hinterher eine genaue denkmalpflegerisch korrekte Justierung da sei.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt zur Frage von RM Hoffmann, dass man sich in der Verwaltung Gedanken über eine Alternative gemacht habe. Dies sei unter anderem vor dem Hintergrund geschehen, weil schon die Landesregierung darum gebeten hatte, eine Entkopplung von Archäologischer Zone und Jüdischem Museum zu prüfen. Dies sei aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Wenn man das Projekt realisieren wolle, gehe dies nur so wie hier vorgeschlagen und es gebe in der Tat keine Alternative.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält es für wichtig, dass in der heutigen Sitzung über die in der Verwaltung abgestimmte Beschlussvorlage diskutiert worden sei. Sie macht deutlich, dass grundsätzlich die Frage der Betriebskosten zur Weiterführung des Projektes wichtig sei. Sie weist darauf hin, dass über die Einrichtung eines Unterausschusses Kulturbauten nachgedacht worden sei und betont, dass sie dies für sinnvoll halte, um beispielsweise Fragen zum Ideenwettbewerb des Historischen Archivs oder zur Archäologischen Zone näher zu betrachten. Sie bittet außerdem darum zu klären, inwieweit die Politik in die weitere Vergabe mit einbezogen werden könne. Im Übrigen sei sie sicher, dass man ein großartiges Vorhaben vor sich habe. Es sei jedoch bitter, dass die Stadt mit mehr Mitteln als gewünscht eintreten müsse. Das Projekt sei ihres

Erachtens wichtig für die Kölner Bürger, die Kölner Geschichte und die Besucher dieser Stadt und werde Köln nach vorne bringen.

Sie macht darauf aufmerksam, dass man das Kolloquium abwarten wolle und einige Fraktionen Beratungsbedarf angemeldet haben. Von daher schlägt sie vor, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu schieben.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

2.2 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Filmkultur 2312/2011

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für den ausführlichen Bericht zum Thema Filmkultur und begrüßt die Verfasser, Herrn Kock und Herrn Steinigeweg.

Herr Kock erläutert den Bericht und hebt hervor, dass die Filmkultur stets eine kleine Sparte gewesen sei, obwohl man der Überzeugung sei, dass man eine große Filmtradition in Köln aufbaue. Das Problem sei, dass es weder eine städtische oder sonstige öffentliche Institution für den Film gebe, an die man sich organisatorisch andocken könne, da weder ein Filmmuseum noch ein kommunales Kino existiere. Außerdem fehle eine Leitveranstaltung zum Thema Film, wie beispielsweise für die Sparte Literatur. Er macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass lediglich insgesamt 173.000 EUR jährlich aus dem Kulturretat für die gesamte freie Filmkultur zur Verfügung stehen. Dies sei für die etwa zwanzig Kölner Initiativen keine besonders große Summe, zumal man die Infrastruktur für die Veranstaltungen größtenteils selbst bereitstellen müsse. Dennoch gebe es eine große Zahl von Festivals, Filmreihen und Veranstaltungen, die für Köln eine erhebliche Bedeutung haben.

Er weist darauf hin, dass es Anfang 2010 gelungen sei KINOaktiv straff zu organisieren. Es wurde ein Verein gegründet, um auch rechtlich als Ansprechpartner für Förderer, für die Stadt Köln und für weitere Institutionen fungieren zu können. KINOaktiv habe das Ziel, die Interessen der Mitglieder zu vertreten, die kulturelle Kinoszene in Köln zu fördern und Ansprechpartner für die Belange der Filmkultur in Köln zu sein. Hierbei sei das vor kurzem verabschiedete Kulturförderkonzept sehr hilfreich gewesen.

Er verweist auf die in der Mitteilung dargestellten Problemstellungen und Fördermöglichkeiten und macht auf die unsichere Finanzierung im nächsten Jahr aufmerksam. Er hofft, dass die Inhalte und Ergebnisse des Kulturförderkonzeptes ein Schritt in die richtige Richtung sei. Es gebe künftig auch Strukturförderungsprogramme, die allerdings zunächst zu Lasten der Projektförderung stattfinden.

Er unterstreicht, dass es perspektivisch wichtig sei die Filmkultur stärker zu berücksichtigen, wenn die Stadt Köln ihrem Ruf, eine Medienstadt zu sein auch auf kulturellem Feld gerecht werden wolle

Ein weiteres Thema seien die fehlenden Spielstätten. Hier sei es extrem wichtig Leinwände zu haben, die nicht nur vorhanden, sondern auch außerhalb des kommerziellen Abspielbetriebes bespielbar seien. Er weist in diesem Zusammenhang auf das große Kinosterben hin, wie z.B. das Kinocenter am Ring, welches das Leinwandangebot nach unten hin verenge. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Filmverleihe hin, deren Druck für die Arthouse-Kinos erheblich sei und das Dilemma der Abgrenzung zwischen einem kommerziellen filmwirtschaftlichem Betrieb und filmkulturellem Abspiel deutlich mache. Die Luxet-Initiative im ehemaligen Rautenstrauch-Joest Museum bietet die Chance für fehlende Leinwände und deswegen sei man dem gegenüber offen, obwohl die Diskussion diesbezüglich noch nicht strukturiert geführt worden sei und nicht alle Beteiligten einer Meinung seien.

Er begrüßt außerdem die Bemühungen des Filmclubs 813 im Kölnischen Kunstverein sowie des Kölner Filmhauses, weitere Leinwände zu ertüchtigen.

Abschließend wünscht er sich, dass werblich in der Stadt noch mehr geschehe als es momentan der Fall sei. Allerdings seien die Kölner Filmnächte durch City-Lights gut beworben worden. Die Kölner Filmnächte bieten einen Querschnitt durch das, was in Köln passiere.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass sie den Zusammenschluss von KINOaktiv in der Gründungsphase begleitet habe und hält die Entwicklung für positiv. Sie bedauert die unsichere Finanzsituation, welche leider für alle Kultursparten in der freien Szene gelte. Mit dem verabschiedeten Filmförderkonzept werde ein Instrument geschaffen, was zumindest etwas höhere Abwägbarkeiten mit sich bringe. Hier seien viele ehrenamtlich tätig, man kenne die Ergebnisse und leiste gute Arbeit. Bezüglich der Diskussion um die Außenwirkung ist sie der Auffassung, dass das Spannungsfeld zwischen der wirtschaftlichen und kulturellen Filmarbeit nicht genügend betrachtet werde. Hierbei müsse vermittelt werden, dass die Sparte Film etwas mit Kunst zu tun habe.

Zu der fehlenden Leitveranstaltung sagt sie aus, dass man sehen müsse, wie sich das finanziere, wenn man eine Leitveranstaltung an den Start bringen wolle.

In Bezug auf die fehlenden Leinwände hoffe sie, dass man mit Luxet eine entsprechende Nutzung hinbekomme. Auch dies sei eine Frage der Realisierung und der Finanzierung.

Sie fragt, nach den bisherigen Erfahrungen von CineCologne und möchte wissen, wie sich das bewährt habe, ob es zur Außenwahrnehmung beigetragen habe und wie die zukünftigen Vorstellungen seien, wenn es Ergänzungs- oder Änderungsvorschläge gebe. Sie spricht sich dafür aus, dass alles was zur Außenwahrnehmung beitrage, um das kulturelle Angebot in Köln dem Publikum nahe zu bringen, unterstützt werden sollte.

Herr Dr. Soénius macht darauf aufmerksam, dass das Problem der Filmschaffenden ein nicht vorhandener zentraler Ort sei, um wahrgenommen zu werden. Dieses Problem könne eventuell mit dem Filmhaus in der Maybachstraße gelöst werden. Er würde es begrüßen, wenn ein zentraler Ort hierfür gestärkt werde. Es müsse jedoch geprüft werden, ob dies zwingend aus dem Kulturretat geschehen müsse. Schließlich gebe es die Schnittmenge zwischen Kultur und Wirtschaft. Hier müsse der Kulturdezernent mit der Wirtschaftsdezernentin Gespräche führen und dabei den Bereich Wirtschaftsförderung genau betrachten. Im Kulturwirtschaftsbericht sei festgestellt worden, dass der Film in Köln nicht nur Kultur, sondern auch den Kulturwirtschaftsstandort entsprechend nach Außen bewerbe. Er bittet abschließend um eine Stellungnahme bezüglich des zentralen Ortes.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes ergänzt, dass eigentlich die Medienstabsstelle die Filmförderung unterstütze, welche der Wirtschaftsdezernentin unterstellt sei. Ebenso sei die Ansiedlung des eben angesprochenen Filmbüros NW auf die Medienstabsstelle zurückzuführen.

RM von Bülow fragt, ob Köln wirklich ein städtisches Kino benötige. Sie möchte wissen, wer hierfür als Betreiber vorgesehen sei und welches Konzept dahinterstehen müsse. Zum letzten Punkt der Ausführungen von Herrn Kock merkt sie an, dass sie dies befürworte und man dieses Thema angehen sollte.

Frau van Duiven fragt, inwieweit die Filmemacher selbst in dem vorhandenen Filmnetzwerk drin seien und wie oder wo sie überhaupt vernetzt sind.

Herr Kock erklärt, dass CineCologne der Versuch gewesen sei, selbstständige Veranstaltungen mit einer Dachmarke zu versehen, damit die Vermarktung leichter sei. Die-

ser Versuch sei durch das Kulturamt unterstützt und von allen Beteiligten positiv wahrgenommen worden, obwohl die entsprechende Auswertung sich etwas schwierig gestaltet habe. Er macht deutlich, dass dies ein vielversprechender Versuch gewesen sei, der durchaus weitergeführt werden sollte, weil er bei der Vermarktung helfe. Er stellt dar, dass er ein Festivalzentrum begrüßen würde. Allerdings benötige man bereits mehrere Leinwände für ein mehrtägiges kleines Festival. Ebenso befürwortet er einen zentralen Ort, der sich mit dem Film identifizieren würde. Das Filmhaus sei im Gegensatz zu Mehrzweckräumen ein geeigneter Ort. Das Filmforum käme durch die Nähe zum Museum ebenfalls in Betracht, obwohl dort nur eine Leinwand vorhanden sei.

Bezüglich der Schnittmenge Kultur und Wirtschaft hebt er hervor, dass die Meisten von der Unterstützung der Medienstabstelle der Stadt Köln profitieren. Er nennt in diesem Zusammenhang das Filmforum, welches seit diesem Jahr mit einem Betrag von 10.000 EUR Unterstützung aus dem Etat der Medienstabstelle erhalte. Im Übrigen würde er eine weitere Moderation von der kulturwirtschaftlichen Seite der Stadt Köln begrüßen.

In Bezug auf die Frage zum kommunalen Kino antwortet er, dass seines Erachtens funktionierende und verlässliche filmkulturelle Strukturen für eine Stadt wie Köln wünschenswert seien.

Er weist abschließend darauf hin, dass KÖLNaktiv mit dem Filmbüro NW seit zwei Jahren Gespräche über eine Mitgliedschaft bei KÖLNaktiv führe, um näher zusammen zu arbeiten. Allerdings habe das Filmbüro NW einen anderen Fokus als KÖLNaktiv. Herr von Rautenstrauch weist darauf hin, dass mit dem leerstehenden Museumsbau am Ubierring ein Ort für die Luxet-Initiative vorhanden sei und es dort, nach seiner Auffassung, durchaus Platz für drei Leinwände gebe. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Tagesordnungspunkt 3.3 und macht darauf aufmerksam, dass dort die Herrichtung des ehemaligen Museumsbaus bis 2016 mit N.N. angegeben sei und die hierfür veranschlagten 20 Mio. EUR nicht aufgeführt wurden. Er schließt daraus, dass die Verwaltung scheinbar nicht daran denke das Gebäude am Ubierring in irgendeine Planung mit einzubeziehen und erinnert daran, dass die Stadt Köln in der Verpflichtung stehe, dieses Gebäude der Kultur zu erhalten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht auf eine Veranstaltung des Kulturforums aufmerksam und dass die Angelegenheit dort auf großes Interesse gestoßen sei. Die beiden zuständigen Dezernentinnen seien ebenfalls anwesend gewesen und es sei signalisiert worden, dass die benötigten Zahlen momentan ermittelt werden. Es sei sinnvoll hierfür eine zuverlässige Grundlage zu haben und nicht mit Zahlen zu agieren, die aus der Luft gegriffen seien. Dies habe sich auch in der Diskussion um die Kulturbauten gezeigt. Nichts desto trotz stimmt sie der Ausführung von Herrn Rautenstrauch zu, dass das Gebäude am Ubierring ein interessanter Ort für eine weitere Spielstätte für den Film in Köln wäre.

Beigeordneter Prof. Quander möchte nicht auf den Tagesordnungspunkt 3.3 vorgreifen, stellt jedoch klar, dass die Kosten hierfür derzeit nicht bekannt seien. Die von Herrn Rautenstrauch genannten 20 Mio. EUR seien aus der Luft gegriffen und ohne jede Basis. Es müsse zunächst ein Nutzungskonzept erstellt werden. Daran arbeite derzeit die Rheinische Musikschule gemeinsam mit Luxet und den beteiligten Dezernaten. Erst danach könne man auf dieser Basis die Kosten ermitteln.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur bei Herrn Kock für dessen Ausführungen und unterstreicht, dass im Filmbereich wertvolle Kulturarbeit geleistet werde. Sie hebt hervor, dass die Stadt Köln mit Werbung dazu beitragen könne für Öffentlichkeit und Publikum, aber auch für Filmkultur zu sorgen. Mit diesen Maßnahmen könne etwas erreicht werden und deshalb bittet sie

darum, diese Anregung aufzugreifen. Sie spricht sich ansonsten dafür aus, die Ausführungen mit in die Haushaltsplanberatungen zu nehmen

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.3 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier. Musik 2484/2011

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt die Vertreter der Freien Musikszene Köln, Herrn Dr. Rainer Nonnenmann und Frau Angelika Niescier. Sie weist darauf hin, dass der vorliegende Bericht von Herrn Dr. Nonnenmann, in Absprache mit dem Musikbeirat und dem Initiativkreis Freie Musik Köln, verfasst worden sei.

Herr Dr. Nonnenmann begrüßt den Umstand, dass die Freien Szenen sich im Ausschuss Kunst und Kultur vorstellen können, um ihre Probleme und die Gesamtsituation zu diskutieren. Er hält es jedoch im Fall der freien Musikszene, mit der alten und neuen Musik, des Jazz und der improvisierten Musik, deren Vielfalt, Größe, Internationalität und Qualität für schwierig, dies in einer Sitzung zu verhandeln. Er hält es für begrüßenswert, wenn diese Präsentationsform in einem regelmäßigen Turnus mit der freien Szene stattfinden könne.

Er stellt Frau Angelika Niescier vor und beschreibt, dass sie ein lebendes Beispiel für die Internationalität der freien Kölner Musikszene sei. Sie ist eine Jazz-Saxophonistin von internationaler Reputation, die bereits diverse CDs aufgenommen und renommierte Preise gewonnen habe. Besonders hervorzuheben sei hierbei der Echo-Jazz-Preis und der Preis der deutschen Schallplattenkritik. Sie ist eine Insiderin der Kölner Jazzszene und könne daher einen Einblick aus der Warte einer aktiven Musikerin geben. Er selbst komme aus dem Bereich der Musikwissenschaft und Musikjournalistik und sei Lehrperson an der Hochschule für Musik und Tanz in Köln. Als Musikjournalist beobachte er insbesondere die Szene der neuen Musik in Köln. Auch auf Festivals im In- und Ausland.

Er erörtert die Sparte Musik anhand des vorliegenden Berichts und hebt dabei hervor, dass sich die freie Musikszene einem historisch glücklichen Zusammenspiel von mehreren Faktoren verdanke. Dies seien Künstler und Musiker der Szene, sowie städtische und Landesinstitutionen, wie beispielsweise die Kölner Musikhochschule oder der Westdeutsche Rundfunk. Die bisherige wechselseitige Befruchtung dieser Faktoren sei nun in ein Missverhältnis geraten. Die Musikhochschule habe im nationalen und internationalen Konkurrenzkampf an Ausstrahlung verloren. Dies liege beispielsweise daran, dass heute andere Hochschulkonservatoren in Deutschland und Europa Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich der neuen und alten Musik und im Jazz anbieten. Dadurch habe die Kölner Musikhochschule ihr Alleinstellungsmerkmal verloren. Der WDR ist wiederum durch landespolitische Entscheidungen zunehmend gezwungen in die Regionen zu gehen. Dadurch werde in Köln weniger produziert und mitgeschnitten.

Den Kölner Musikerinnen und Musikern fehle es an Auftrittsmöglichkeiten, Konzerten und Spielstätten. Insbesondere existiere in Köln kein profiliertes und überregional wahrgenommenes Festival der alten, neuen, elektronischen und improvisierten Musik, welches die nationale und internationale Aufmerksamkeit auf die Musikstadt Köln lenke.

Er weist darauf hin, dass sich die freie Musikszene in den genannten Bereichen organisiert habe. Außerdem hebt er drei Punkte hervor, die zum Teil im Kulturentwicklungsplan enthalten seien und in dem vom Rat 2008 beschlossenen Musikförderkon-

zept als Förderziele, Schwerpunkte und Förderinstrumente benannt wurden. Hierbei handele es sich um die Fortführung des Netzwerks „ON – Neue Musik Köln“, der Ausbau des Festivals und Zentrums für alte Musik und die Förderung der Jazz-Spielstätten sowie der Aufbau eines Jazz-Festivals.

Frau Niescier erklärt, dass es eine Vielzahl von Musikerinnen und Musikern gebe die in Köln wohnen und es gebe auch eine heterogene Szene die hier arbeiten wolle und dies auch -im Sinne von Inspirationen- könne, aber nach Außen keine Gelegenheit dazu habe. Ein weiteres Problem sei, dass beispielsweise viele nach Berlin auswandern, weil es in Köln ein strukturelles Problem gebe. Für den kompletten kleinen bis mittleren Bereich der Szene seien vielleicht noch 2-3 Spielstätten vorhanden, die jedoch zunehmend unter Schwierigkeiten leiden. Es gebe zwar die Möglichkeit sich privat zu einer Session zu treffen, aber für den improvisierten Jazz sei die Bühne das Wichtigste und dies fehle gänzlich in Köln. Sie unterstreicht, dass man dadurch von Köln aus nichts entwickeln könne, obwohl dies gewollt sei. Aus ihrer Sicht verliere Köln früher vorhandenen Status einer Musikstadt und dem müsse entgegengewirkt werden. Hierfür benötige man eine entsprechende Struktur und genügend Unterstützung, um dies letztendlich umsetzen zu können.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass Köln im Bereich der Musik über eine Vielzahl von Künstlern verfüge. Dies sei durch die Ausführungen deutlich geworden. Das Thema Musikstadt sei insbesondere für das Zusammenspiel von freier und institutionalisierter Szene enorm wichtig und werde die Kulturpolitik im weiteren Verlauf dieser Legislaturperiode sicher noch beschäftigen. Die angesprochenen Strukturen seien ein Problem und eine große Herausforderung. Nicht nur für den Jazzbereich, sondern für alle Musikbereiche der freien Szene und grundsätzlich auch für fast alle anderen Kulturbereiche.

In Bezug auf die äußere Wahrnehmung von Köln als Musikstadt fragt sie, ob Köln noch als Musikstadt wahrgenommen werde und ob eine Veränderung bezüglich des Publikums zu bemerken sei. Außerdem interessiert sie, ob Frau Niescier sich als Botschafterin der Kölner Musikszene verstehe, wenn sie unterwegs sei und öffentlich auftrete.

Frau Brunn stimmt der Aussage, dass die Musikhochschule an Ausstrahlung verloren habe, nur teilweise zu. Sie hält die Anmerkung für wenig hilfreich, weil zu berücksichtigen sei, dass die Kölner Musikhochschule sich momentan neu aufstelle und profile. Dies könne durchaus als Anknüpfungspunkt für die Kooperation der Szene mit der Musikhochschule und der Kunsthochschule für Medien wichtig sein.

Sie macht außerdem auf die Ordnungsaufgaben der Stadt Köln oder Nachbarschaftsstreitigkeiten aufmerksam und kritisiert, dass die Musikentwicklung in Köln gehemmt werde. Sie weist in diesem Zusammenhang auf das Urteil des Verwaltungsgerichts im Fall „Limelight“ hin. Hier erwarte sie entsprechende Impulse seitens der Kulturpolitik und der Kulturakteure, um zu verdeutlichen, dass die Musik ihren Platz in Köln haben müsse.

Sie lobt die Arbeit des Netzwerks ON Neue Musik, vermisst in der Stellungnahme allerdings die Darstellung, wie es im Anschluss an die Förderung des Bundes weitergehe. Natürlich müsse dies weitergeführt werden und sei unter den genannten Punkten die zentralste Aufgabe. Es müsse in der heutigen Debatte deutlich gemacht werden, dass dieses Netzwerk, einerseits durch seine Vielseitigkeit und andererseits durch seine Verankerung, die verschiedensten kulturellen Bereiche miteinander verknüpfe. Außerdem müsse die Musikstadt Köln als Ganzes und nicht nur in ihren Teilbereichen gesehen werden.

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass im Kulturentwicklungsplan das Thema Musik Priorität Nummer eins gewesen sei. Dies sei unisono in alle Fraktionen anerkannt wor-

den und es gab Einigkeit darüber, dass man die Musik in ihrer gesamten Breite fördern wolle. Diese Aussage könne man inzwischen fast schon für ein Lippenbekenntnis halten, wenn beispielsweise bei der 20-Jahrfeier der Musikfabrik der Bundestagspräsident anwesend sei, aber ein Repräsentant der Stadtverwaltung fehle. Dies könne man in der Gesellschaft der Musikschaaffenden in Köln falsch auffassen und sei seines Erachtens das falsche Signal.

Er zeigt auf, dass ihm das Thema Strukturen wichtig sei, weil es hierbei um Auftrittsmöglichkeiten und damit die Möglichkeit sich darzustellen ginge. Die genannten Möglichkeiten seien scheinbar geeignet, die kleinteiligen Strukturen nachhaltig zu fördern. Er fragt, ob es diesbezüglich bereits Ideen gebe, wie man dies umsetzen könne.

Frau Friedlaender fragt, wie die Förderung von Auftrittsmöglichkeiten in anderen Städten aussehe. In Hamburg entstehen beispielsweise eine Menge Clubs durch Privatinitiativen. Es interessiert sie, ob dies in Köln auch der Fall sei.

Herr Sörries merkt an, dass die Stadt Köln den Clubs und Veranstaltern eine entsprechende Basis bieten müsse. Die Auflagen des Ordnungsamtes seien kaum zu finanzieren, selbst für den Erwerb einer Lizenz für Live-Musik. Er regt an, auf diese Gebühren zu verzichten, um die Live-Musik in Köln zu fördern und die Auftrittsmöglichkeiten zu verbessern.

Herr Kniola weist darauf hin, dass er hauptberuflich für das Netzwerk ON zuständig sei. Es handele sich um ein Netzwerk zur Verbindung der zeitgenössischen Musik und sei ein gutes Beispiel dafür, wie institutionelle große Einrichtungen und freie Träger zusammenarbeiten. Momentan arbeite man an Ideen zur Fortsetzung über die Bundesförderung 2012 hinaus. Er schlägt vor, das Ergebnis allen Fraktionen in einem Konzeptpapier nach der Sommerpause zur Verfügung zu stellen, so dass dies im Frühherbst besprochen werden könne.

Frau van Duiven stellt dar, dass manche Musiker mittlerweile in Atelierräumen proben oder komponieren. Dies habe sich teilweise als fruchtbare Zusammenstellung herausgestellt und könne durchaus Synergien freisetzen, mit denen man das jeweilige Publikum zusammenbringen könnte, so dass durchaus interessante Möglichkeiten freigesetzt werden.

Frau Ruiten berichtet, dass in Berlin durch den Wegfall von Clubs das Problem mangelnder Auftrittsmöglichkeiten ebenfalls bestehe. Dies hänge mit der Gentrifizierung der einzelnen Kieze zusammen, wo man Wohnräume und Ruhezone schaffen wolle. In Köln sei dies bereits seit Jahrzehnten der Fall und oft ein schwer lösbares privatrechtliches Problem. Es sei denn, die Stadt Köln legt irgendwann fest, dass in bestimmten Bereichen das kulturelle Leben stattfinden dürfe.

Im Übrigen unterstützt sie die leise Kritik an der Kölner Presse, die dem Dokument zu entnehmen sei und unterstreicht, dass Künstler aus Köln kaum Erwähnung in der Presse finden.

Frau Niescier tut es leid sagen zu müssen, dass die Außenwirkung von Köln lediglich bei älteren Musikern positiv bewertet werde. Jüngere Musiker verbinden die deutsche Szene mit Berlin. Es werde zwar versucht durch selbstinitiierte Zusammenarbeit dem entgegenzuwirken, aber Köln habe definitiv an seiner leuchtenden Außenwirkung verloren.

In Bezug auf die geäußerte Kritik an den Ordnungsmaßnahmen des Ordnungsamtes wundere sie sich, dass es diesbezüglich noch keine Beschlüsse gebe. Es sei enorm wichtig, dass einige Orte, die inzwischen eine Art Leuchtturmfunktion haben, weiter gefördert werden. Hierbei handele es sich um den Stadtgarten, das Loft und das Pfandhaus. Sie macht darauf aufmerksam, dass die mittleren und kleinen Spielstätten,

aus den von Herrn Sörries genannten Gründen, wegfallen. Früher gab es Orte an denen man sich getroffen und dadurch die Musik gelebt habe. Dies sei irgendwann abgeschafft worden. Hier müsse ihres Erachtens dringend etwas unternommen werden, um Auftrittsmöglichkeiten zu schaffen.

Sie weist darauf hin, dass es allen Beteiligten am liebsten wäre, wenn die Neue und die Alte Musik und die improvisierte Musik und der Jazz einen Ort hätte, um dies zu bündeln. Diesen Ort gebe es leider nicht. Ihres Erachtens existieren in Köln Orte, die man dafür entsprechend ausbauen könnte und die keine ordnungstechnischen Probleme haben.

Herr Dr. Nonnenmann erläutert, dass die Neue Musik mit einem Netzwerk wie ON innerhalb des Bundes ein herausragendes Projekt sei. Insofern müsse dies fortgeführt werden. Er vertritt außerdem die Auffassung, dass zwischen der freien Musikszene und den großen Musikinstitutionen die Zusammenarbeit noch verbessert werden müsse. Dies betreffe insbesondere Festivals, wie es sie jetzt bei der Alten Musik gebe und die mit der Oper, der Philharmonie und den Rundfunkanstalten zusammenarbeiten sollten.

Er räumt ein, dass die Bedeutung der Musikhochschulen als Ausbildungsinstitute nach wie vor nicht zu unterschätzen sei. Frau Brunn habe recht, wenn sie auf die veränderte Situation im Bereich der Neuen Musik hinweist, denn inzwischen gebe es etwa dreißig Kompositionsstudenten aus denen in der Vergangenheit bereits Absolventen hervorgegangen seien. Hieraus seien wiederum junge Ensembles entstanden, denen man nun Foren bieten müsse, um ihre Arbeit produzieren und präsentieren zu können. Hier mangle es seitens der Strukturen aber auch immer noch an Projektmitteln, die flexibel abrufbar wären.

Im Übrigen sei die kleinteilige Strukturförderung unerlässlich, weil Sie unter anderem dazu diene junge Ensembles zu fördern, damit sie neue Dinge entwickeln können. Weitere Strukturen die man fördern könne seien Konzertreihen oder Festivals. Es könne beispielsweise ein Festival in der Neuen Musik kreiert werden, welches die Avantgarde präsentiere, aber durchaus spartenübergreifend sei. Hier gebe es in der Medienstadt Köln durchaus Berührungspunkte, die diese Dinge zusammenführen können.

Er befürchtet, dass die freie Szene die Frage zu den Proberäumen mittlerweile aufgegeben habe, obwohl das Thema im Initiativkreis der freien Szene stets auf der Agenda gewesen sei. Er weist aber auch darauf hin, dass man inzwischen individuelle Lösungen gefunden habe, wie die Mitnutzung von Ateliers durch Musiker. Seitens der Stadt gebe es keinerlei geförderte Proberäume. Für die Alte Musik gebe es inzwischen im Helios-Gebäude Möglichkeiten zu proben. Die vorhandenen Räumlichkeiten in der Musik-Fabrik biete anderen Musikern jedoch nicht die Möglichkeit der Mitnutzung. Bezüglich der Kritik an der Presse erläutert er, dass in Köln eigentlich eine überregionale Presse fehle, die nicht nur die Kölner Ereignisse in der Region bespreche und kritisiere, sondern auch national und international wahrnehmbar mache. Hier seien Städte wie Hamburg oder Frankfurt ganz anders ausgestattet.

Beigeordneter Prof. Quander macht darauf aufmerksam, dass der beschriebene Handlungsbedarf unstrittig und absolut zutreffend sei. Dies sei auch im Kulturentwicklungsplan, in Zusammenarbeit mit der freien Szene, identifiziert und beschlossen worden. Zudem sei die Umsetzung der Projekte fortgeschritten, wenn auch nicht mit der gewünschten Dynamik, weil dies aufgrund der Haushaltssituation nicht zu leisten sei. Zu den einzelnen Punkten hebt er hervor, dass das Netzwerk ON Neue Musik ein exzellentes Projekt sei, was von der Bundeskulturstiftung bestätigt und als stärkstes der fünfzehn bundesweiten Projekte herausgestellt worden sei. Intern habe man verabredet bestimmte Elemente aus diesem Netzwerk mit der städtischen Förderung 2012

fortzusetzen, weil die Bundesförderung zunächst wegfallen. Außerdem bestehen gute Chancen, dass ein Anschlussprojekt von der Bundeskulturstiftung in einer nennenswerten Größenordnung gefördert würde. Dieses Anschlussprojekt wäre ein Zentrum für neue Musik und neue Künste. Darüber habe man bereits im Januar in einem ein-tägigen Symposium mit Unterstützung der Bundeskulturstiftung nachgedacht. Dies müsse nun weiter entwickelt werden.

Das Zentrum für Alte Musik sei im Helois-Gebäude auf einem guten Weg. Hier müsse man noch die entsprechenden Rahmenentscheidungen abwarten. Aufgrund des großzügigen Angebotes von Concerto Köln könne dort bereits mit der Arbeit begonnen werden. Außerdem habe man mit dem Land verhandelt und besprochen, dass dieses Zentrum anteilig mit Landesmitteln gefördert werde.

Darüber hinaus sei das Thema der Festivals für die Alte Musik und den Jazz ganz wichtig. Hier spiele die Thematik Festivallandschaft eine Rolle, die unter dem Tagesordnungspunkt 10.10 behandelt wird.

Abschließend macht er allgemein deutlich, dass im Rahmen der Ausgestaltung des Kulturentwicklungsplans weitergearbeitet werde. Man müsse versuchen, bei den Haushaltsberatungen 2012 entsprechende Mittel bereitzustellen, um beispielsweise die angesprochenen Festival auf die Beine zu stellen. Dies könne man seines Erachtens mit einer Zweckbindung aus der Kulturförderabgabe ableiten, weil es die Attraktivität der Kulturstadt Köln -auch für auswärtige Besucher- interessant macht und dadurch ein doppelter Effekt ausgelöst werden könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich bei Herrn Dr. Rainer Nonnenmann und Frau Angelika Niescier für die Vorstellung und die Problemdarstellung der Sparte Musik und macht deutlich, dass das Thema Musikstadt den Ausschuss Kunst und Kultur weiterhin beschäftigen werde.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.4 Kulturwelten in Köln

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass der Kulturbericht in der letzten Sitzung vorgestellt worden sei. Sie unterstreicht, dass der Bericht ein erster Versuch sei, das Kulturangebot aufzufächern und zu analysieren.

RM von Bülow fragt, welcher Kulturbegriff tatsächlich zu Grunde liege, warum innerhalb der Studie die Besucherstruktur nicht erfasst worden sei und wie man weiter vorgehen wolle. Es sei ihres Erachtens wichtig, sowohl Orte als auch Inhalte zu erfassen. Außerdem müsse betrachtet werden, welche Akteure auftreten und ob dies alles bereits interkulturell verzahnt sei. Sie möchte weiter wissen, wie man die Erkenntnisse aus der Studie „Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ und der Broschüre „Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt“ mit einbeziehen könne. Ihre Fraktion sei der Auffassung, dass das Thema Migration generell interessant sei zu erforschen. Dies müsse ebenfalls miteinander verzahnt werden, weil sich sonst eine eingeschränkte Sichtweise ergebe. Hier seien ihres Erachtens die Milieus in denen die Menschen leben ein wichtiger Ansatz. Sie merkt an, dass ihre Fraktion als zweiten Teil eine qualitative Studie befürworte. Das Quantitative sei zwar wichtig für das weitere Vorgehen und weitere Maßnahmen, aber noch nicht ausreichend. Sie möchte in diesem Zusammenhang wissen, unter welchen Voraussetzungen Dinge quantitativ in die Studie aufgenommen werden. Insbesondere interessiert sie hierbei, ob beispielsweise Filme, die Deutsche über das Leben in anderen Ländern gedreht haben, aufgenommen worden seien oder ob interkulturelle Musikproduktionen und Musikprojekte aufgenommen wurden, ohne dass diese dementsprechend benannt worden seien.

Frau Prof. Dr. Keuchel erklärt, dass man im Sinne der Künste einen weiten Kulturbegriff gewählt habe und dieser auf die Künste fokussiert worden sei. Hierbei habe man keine Zuordnung bei den verschiedenen Künsten gemacht, wie beispielsweise nur die klassische oder traditionelle Kunst, sondern habe auch sozialkulturelle Zentren in der quantitativen Befragung mit einbezogen.

Bezüglich der Besucherstrukturen erläutert sie, dass versucht worden sei, dies in der Studie punktuell zu realisieren, aber kein Konzept erstellen konnte, welches die Vielfaltigkeit der unterschiedlichen Einrichtungen, auch im Hinblick auf den finanziellen Rahmen, anbelange. Es müsse grundsätzlich überlegt werden, wenn man eine Besucherstrukturanalyse machen wolle, dass diese die entsprechende Vielfaltigkeit erfasse. Sie nennt in diesem Zusammenhang den Migranten Kulturverein, deren vorhandene Strukturen über die quantitative Befragung erstmals sichtbar gemacht worden seien. Dies seien Angebotstrukturen, die bei einer Besucheranalyse entsprechend zu berücksichtigen seien.

Zu der Broschüre „Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt“ macht sie darauf aufmerksam, dass die Statistiken im Hinblick auf Kölner mit Migrationsanteil in der Studie im zweiten Kapitel mit einbezogen worden seien. Entsprechende Milieustudienresultate müsse man ihres Erachtens mit der Besucherstrukturanalyse verknüpfen, weil es hier auch um das Nutzerverhalten gehe.

Sie erläutert weiter, dass im Rahmen der Studie auch Veranstaltungen erfasst worden seien, die interkulturelle Themen thematisieren. Hierfür seien verschiedene interkulturelle Dialogebenen analysiert worden. Dies sei beispielweise in Form eines Films geschehen, in dem Künstler das Themenfeld Integration thematisieren. Hierbei seien das Herkunftsland der Künstler und das Herkunftsland der Werke, aber auch weitere interkulturelle Dialogebenen definiert worden. Sie weist darauf hin, dass Künste, die das Themenfeld Migration thematisieren und Vermittlungsangebote für migrantische Zielgruppen oder ein deutsches Publikum für Künste aus anderen Herkunftsländern in der Studie relativ selten vorhanden seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass man sich genau überlegen müsse, worin das wissenschaftliche Interesse bestehe. Hierzu die Frage zu stellen, ob das Publikum Migrationshintergrund habe oder ob es deutsch sei, halte sie für schwierig. Dies sei ihres Erachtens sehr aufwändig und wahrscheinlich nur über qualitative Interviews möglich. Allerdings könne es für eine Stadt wie Köln interessant sein festzustellen, welche Besucher welche künstlerischen Veranstaltungen besuchen.

Herr Deutsch fragt, welche Veranstaltungen in welcher Kategorie von Interkulturalität gelabelt werden. Ihn würde interessieren, ob Mozart in der Philharmonie als österreichischer Komponist dazu zähle und wie stark der Anteil solcher Veranstaltungen sei. Außerdem bittet er darum, ob man die Datengrundlage, durch die die Veranstaltungen kategorisiert wurden, zur Verfügung stellen könne.

RM Jung weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 10.8 „Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ und Broschüre 'Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt' bereits im Integrationsrat behandelt, diskutiert und zur Kenntnis genommen worden sei. Der Maßnahmenkatalog sei in dieser Form noch nicht beschlossen worden. Schließlich müssen die entsprechenden Einzelmaßnahmen, wozu auch Kulturwelten in Köln gehören, noch vorgelegt werden.

RM Senol bemerkt, dass es in Köln ca. 200.000 Menschen mit Migrationshintergrund gebe und das Kulturangebot hier lediglich bei 1 Prozent liege. Sie fragt, welche Vorschläge man der Verwaltung unterbreiten wolle und ob es diesbezüglich eine separate Studie geben werde.

Frau Prof. Dr. Keuchel erläutert bezüglich der Frage von Herrn Deutsch, dass Österreich in der Länderstatistik nicht auftauche, weil es unter einem Prozent liege. Sie sei selbst überrascht gewesen, dass in der Studie der europäische Kontext bei den Herkunftsländern der Künstler im Vergleich zu dem angloamerikanischen Raum sehr gering sei. Sie unterstreicht, dass der Schwerpunkt von 5000 erfassten Veranstaltungen nicht auf der klassischen Kunst gelegen habe. Dieser lag mit 55 Prozent der Angebote bei der zeitgenössischen Kunst und im Bereich der populären Künste seien es 33 Prozent. Wobei beide Bereiche schwer voneinander abzugrenzen seien. Zudem sei das eben genannte Spektrum von soziokulturellen Zentren, Kino und ähnlichem relativ breit gewesen, habe jedoch trotzdem einen relativ geringen Raum eingenommen. Insofern werde es dadurch, im Hinblick auf die Anzahl der interkulturellen Angebote, nicht zu Fehlinterpretationen kommen.

Sie sagt zu, die als Datengrundlage dienenden Tabellen zur Verfügung zu stellen. Sie macht deutlich, dass man in der Studie versucht habe, aufgrund der beobachteten Daten, der im Kontext geführten qualitativen Interviews und im Hinblick auf die Gewichtung der quantitativen Daten, eine möglichst systematische Empfehlung zu entwickeln.

Abschließend zeigt sie auf, dass sie nicht in der Position sei zu sagen, wohin die öffentlichen Kulturgelder fließen sollen. Es müsse seitens der Politik beauftragt und verantwortet werden, ob man beispielsweise das Angebot im Hinblick auf die Herkunftsländer, die sich auf zeitgenössische Kunst beziehen, breiter aufstellen möchte. Wenn es so bleibt wie es ist, sei dies natürlich sehr marktbezogen. Das werde durch den vergleichsmäßig größeren Anteil der angloamerikanischen Kunst deutlich.

Beigeordneter Prof. Quander merkt an, dass die Untersuchung hochinteressante Ergebnisse vorweise, aber auch Fragen aufwerfe, die sich in dieser Diskussion widerspiegeln. Er sei der Ansicht von RM von Bülow, dass man der in Auftrag gegebenen quantitativen Untersuchung eine qualitative Untersuchung folgen lassen müsse. Es müsse jedoch überdacht werden, wie dies zu realisieren sei, weil es in der Überarbeitung ein anderes Volumen erfordere als eine Untersuchung, die ohne allzu viele statistisch verwertbare Interviews auskomme. Allerdings sei es in der Tat notwendig eine entsprechende Untersuchung vorzunehmen, um daraus die richtigen Schlussfolgerungen abzuleiten. Als er die Studie gelesen habe, habe er sich gefragt, welches Kulturangebot ein potenzielles interkulturelles Publikum in Köln ansprechen würde. Dies sei aus der Studie nicht zu entnehmen, weil dort bestimmte Angebotsstrukturen und gewisse Defizite abzulesen seien, aber natürlich nicht das was gefragt werde. Wenn man jetzt die Schlussfolgerung ziehen würde, dass man zu wenig Kultur aus den relevanten Herkunftsländern habe, dann sei ihm dies im Grunde eine zu kurze positivistische Betrachtungsweise und müsse in einem nächsten Schritt untersucht werden. Hierbei ginge es darum festzustellen, welches Kulturangebot in den Herkunftsländern überhaupt virulent sei. Auch dieses dürfte inzwischen längst von den global verfügbaren Massenmedien bestimmt sein. Insbesondere im Musik- oder Filmbereich.

Er macht darauf aufmerksam, dass ein Prozent an Kunstwerken aus der Türkei alarmierend klinge; ebenso wie ein Prozent aus Afrika. Diese Zahlen entsprechen in der Tendenz dem, was auch bei den Anträgen im Kulturamt festgestellt worden sei. Die kulturellen Hintergründe seien sehr unterschiedlich vertreten. Andererseits könne man auch fragen, wo rein türkische Kunstwerke in der Türkei im aktuellen Kunstangebot zu finden seien. Von traditioneller türkischer Musik sei dort kaum noch etwas übrig. Ähnliches gelte für zahlreiche andere Formen aktueller türkischer Kunst. Auch hier finde man mehr hybride autochthone Kunst. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Klage des italienischen Musikers Alessandro Palmitessa hin, der den Mangel an italienischer Folklore im Kölner Kulturangebot beklage. Dies finde man im heutigen

Kulturangebot in Italien allenfalls in Nischen. Demnach müsse nachgefragt werden, welches Angebot bei dem Publikum, das man erreichen wolle, auf Interesse stoßen würde. Zudem müsse vermehrt untersucht werden, welche Kommunikationswege neben den Angeboten zu beschreiten seien. Er unterstreicht, dass das Ziel nicht erreicht werde, wenn man lediglich das Kulturangebot verändere, aber nicht die Kommunikationswege entsprechend anpasse. Dies seien Aufgabenstellungen, welche die Akademie untersuchen sollte.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stimmt den Ausführungen des Kulturdezernenten weitestgehend zu und hebt hervor, dass die Kommunikationswege entscheidend seien. Es handele sich hierbei um ein weites Spektrum, welches man in weiteren Schritten angehen könne. Hierbei müsse allerdings zunächst der Finanzrahmen für solche Untersuchungen betrachten werden. Das Thema verdiene es jedoch, auch im Kontext zur Akademie der Künste der Welt, vertieft behandelt zu werden.

RM Peil bemerkt, dass durch die Fokussierung auf die Migrantenvereine natürlich auch Szenen erfasst worden seien, die zur Kulturvermittlung in die Gesellschaft noch nicht viel beitragen. Dies sei noch nicht untersucht worden und dahin ziele die Aussage von RM von Bülow. Andere Bereiche seien dagegen nicht untersucht worden. Er nennt in diesem Zusammenhang das Beispiel der Jazz- und Zigeunerband Django Reinhardt, die einen deutschen Musiker integrierten und mit ihm gemeinsam in der Tradition komponieren, Texte schreiben, Geschichte verarbeiten und damit ein breites Publikum erreichen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass hiermit klar geworden sei, dass man über das Thema weiter nachdenken wolle und dahingehende Vorschläge erwarte.

2.5 Präsentation des Wettbewerbsergebnisses Historisches Archiv und Kunst- und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv

Beigeordneter Prof. Quander präsentiert anhand einer PowerPoint-Präsentation das Wettbewerbsergebnis zum Historischen Archiv und der Kunst- und Museumsbibliothek. Er empfiehlt abschließend, die entsprechende Ausstellung im Spanischen Bau des Rathauses zu besuchen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur für die Präsentation und fügt hinzu, dass der Entwurf sich städtebaulich gut einfüge und sowohl für die Gäste als auch für die Mitarbeiter sehr einladend wirke. Sie fragt, ob die Kunst- und Museumsbibliothek in dem Wettbewerb mit ausgeschrieben worden sei.

Beigeordneter Prof. Quander bejaht dies.

Frau van Duiven erkundigt sich nach dem zeitlich geplanten Ablauf des Verfahrens.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass man sich momentan im Verhandlungsverfahren befinde und soweit er informiert sei, werde es nach der Sommerpause eine Entscheidung geben. Danach werde es eine entsprechende Ratsvorlage für den Planungsauftrag geben.

Herr Deutsch macht darauf aufmerksam, dass die geschätzten Kosten mindestens bei 87 Mio. EUR liegen. Diese Summe sei fast identisch mit der, die für Gereon genannt, aber damals als zu hoch abgewiesen wurde. Die Gebäudewirtschaft habe ausgesagt, dass sie dies in einem eigenen Verfahren für ca. 60 Mio. EUR und damit günstiger erstellen könne. Hierzu hätte er gerne im Nachgang eine Erläuterung, wie sich nun diese Differenz erkläre.

Beigeordneter Prof. Quander erinnert daran, dass die Überlegungen bezüglich Gereon lediglich das Historische Archiv betrafen. Die Kunst- und Museumsbibliothek, die ein Drittel der Flächen und Kosten ausmache, sei dabei nicht berücksichtigt worden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister wirft ein, dass die Frage von Herrn Deutsch durchaus berechtigt sei und schriftlich beantwortet werden sollte.

Herr Dr. Heinemann fragt, nach welchem Verfahren die Auswahl statfinde und wer letztendlich die Entscheidung treffe, welche Vorschläge dem Rat vorgelegt werden.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass es sich hierbei um ein streng formalisiertes Verfahren nach EU-Recht handele.

3 Kulturbauten

3.1 Sanierung Römisch-Germanisches Museum 1506/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Sanierung des Römisch-Germanischen Museums Mitteilung der Verwaltung 2264/2011

RM Peil zeigt sich unzufrieden mit der Stellungnahme zu den Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes. Er merkt an, dass seines Erachtens die geschätzten Kosten in Höhe von ca. 10.000-15.000 EUR für eine energetischen Untersuchung des Gebäudes, im Vergleich zu den geschätzten Gesamtsanierungskosten 18,3 Mio. EUR, nahezu lächerlich seien. Darüber hinaus zeigt er auf, dass man von weiteren Kosten für ein benötigtes Brandschutzgutachten ausgehen müsse, wenn man einen Ideenwettbewerb machen wolle. Er hält es durchaus für sinnvoll, über die Gestaltung der Ausstellung nachzudenken. Schließlich sei das Museum vor über 30 Jahren konzipiert worden. Eine solche Konzeption sei auch die Voraussetzung für einen Ideenwettbewerb. Insoweit sei nach seiner Auffassung die Kostenschätzung in Höhe von 18,3 Mio. EUR unseriös. Er bittet darum, eine vernünftige Einschätzung vorzulegen.

RM Dr. Elster fragt, ob nicht zunächst eine Notsanierung sinnvoll sei und die Ausschreibung und Planung zu dem Zeitpunkt durchzuführen, wenn eine neue Museumsleitung installiert worden sei, die gestalterische und konzeptionelle Ideen haben könne, die sich ggf. auch baulich niederschlagen. Er unterstreicht, dass zumindest eine Notsanierung erforderlich sei, weil beispielsweise die brandschutztechnischen und polizeilichen Auflagen erfüllt werden müssen. Im Prinzip wäre dies auch eine Vorsichtsmaßnahme, um nicht mehr Geld als erforderlich auszugeben.

Beigeordneter Prof. Quander hält es für wichtig, jetzt mit der Planung zu beginnen. Eine Notsanierung mache seines Erachtens keinen Sinn, weil man dadurch zweimal Geld in die Hand nehmen müsse. Von daher befürwortet er eine Gesamtkonzeption.

Er weist darauf hin, dass für Vorschläge einer neuen Leitung vor allen Dingen ein Ideenwettbewerb eine Rolle spielen würde, um die Probleme des Hauses zu lösen. Er zeigt auf, dass die Beschlussvorlage eine hohe Brisanz habe. Seit 2008 rüge die Rheinische Unfallkasse die Zustände des Museums. Die Stadt Köln müsse als Arbeitgeber dafür Sorge tragen, dass die Arbeitsstätten so eingerichtet und betrieben werden, damit von ihnen keine Gefährdung der Sicherheit und der Gesundheit der Beschäftigten ausgehe. Er macht darauf aufmerksam, dass Ablagerungen und Verunreinigungen in raumluftechnischen Anlagen, die zu einer unmittelbaren Gesundheitsgefährdung durch die Raumluft führen können, umgehend beseitigt werden müssen. Aus allen Prüfungen der raumluftechnischen Anlagen des Römisch-Germanischen Museums gehe hervor, dass der Hygienestatus der inspizierten Anlagen als mangelhaft bezeichnet werde. Unter anderem wurden starke Verschmutzungen und Feuchtigkeit unzureichende Filter, erhöhte Bakteriengehalte in der Zuluft einzelner Bereiche sowie erhöhte Bakterien- und Pilzgehalte in der Zuluft des Bunkergeschosses festgestellt. Die Rheinische Unfallkasse habe er davon überzeugen können, dass diese Probleme mit der anstehenden Sanierung gelöst werden. Man habe ihm und dem Oberbürgermeister gegenüber geäußert, dass man eine zügige Umsetzung der Sanierung erwarte. Im Falle weiterer Verzögerungen der Maßnahme stelle sich für die Stadt Köln die Betreiberverantwortung und man müsse aus rechtlichen Gründen über eine Schließung des Museums nachdenken. Von daher wäre er dankbar, wenn dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt werde. Er unterstreicht, dass die Sanierungsmaßnahme für das Römisch-Germanische Museum im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung mit 18,3 Mio. EUR veranschlagt worden sei.

Frau Prof. Dr. Schock-Werner weist auf ein Gutachterverfahren bezüglich der Domplatte zwischen dem Dom, der Dombauhütte und des Römisch-Germanischen Museums hin. Sie habe in diesem Zusammenhang erfahren, dass Wasser in die Gebäude laufe. Sie fragt, ob dies in irgendeiner Weise berücksichtigt worden sei.

Herr Dr. Trier bestätigt den Wassereintritt im Untergeschoss des Museums. Er macht allerdings deutlich, dass die klimatische Situation der Ausstellungsbereiche und die der Mitarbeiter und Besucher viel dramatischer sei. Er weist darauf hin, dass die über Jahre betriebene provisorische Lösung zu einem zweieinhalbjährigen Komplettausfall der Klimaanlage geführt habe. Dadurch sei es zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter gekommen. Der Sanierungsvorschlag beinhalte nicht die Neugestaltung der Ausstellungen. Dies erfordere seines Erachtens das Mandat einer Direktion. Bei der Sanierung gehe es zunächst um die Raumluftechnik und das Gebäudetragwerk. Beides sei nach einer Nutzung von 40 Jahren und 20 Mio. Besuchern erheblich sanierungsbedürftig. Alles Weitere führe zu Erhöhungen der laufenden Unterhaltskosten.

RM von Bülow sagt zu, dass ihre Fraktion der Beschlussvorlage grundsätzlich zustimme. Nicht zuletzt, weil in der Mitteilung 3.3 bereits deutlich werde, wie das Gesamtkonzept später aussehe. Für ihre Fraktion sei es wichtig in den Beschlussvorschlag aufzunehmen, dass es sich um einen kooperativen Wettbewerb bzw. kleinen Ideenwettbewerb handele, um zu verdeutlichen, dass es sich um eine begrenzte Angelegenheit handele.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister pflichtet dem bei und erklärt, dass ihre Fraktion sich für eine Zustimmung ausgesprochen habe.

RM Dr. Elster macht darauf aufmerksam, dass seine Fraktion Beratungsbedarf anmelde, obwohl man die Antworten der Verwaltung und den Vortrag von Herrn Dr. Trier zur Kenntnis genommen habe. Dies wolle man in der kommenden Fraktionssitzung

diskutieren. Er schlägt daher vor, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Sanierungsprogramm Museen und Kulturbauten 2398/2011

Die Beschlussvorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

3.3 Investitions- und Sanierungsplan für Kulturbauten 2520/2011

Die Mitteilung wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 27.09.2011 behandelt.

4 Schriftliche Anfragen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Gründung einer Festspiel GmbH" AN/1171/2011

Beantwortung der Verwaltung 2407/2011

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Sanierungsbedarf der Orangerie" AN/1234/2011

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass die Verwaltung durch den Ratsbeschluss vom 26.05. 2011 beauftragt worden sei, zu den Hpl.-Beratungen 2012 die Kosten für eine Sanierung der Orangerie darzustellen, welche den Mindestanforderungen des Denkmalschutzes genüge, sowie den Verfall des Gebäudes verhindere. Außerdem sollen die Kosten für eine ganzjährige Nutzung, inklusive Finanzierungsvorschläge, ermittelt werden. Er weist darauf hin, dass man zur Erarbeitung der entsprechenden Beschlussvorlage verwaltungsinterne Gespräche führe und die Fragen im Einzelnen erörtere. Die von der FDP-Fraktion gestellte Anfrage decke sich in weiten Teilen mit dem bereits erteilten Prüfauftrag. Er schlägt deshalb vor, diese im Rahmen der Beschlussvorlage für den Rat mit zu beantworten. Dies erscheine ihm sinnvoll, weil die Ratsvorlage ohnehin im Ausschuss Kunst und Kultur vorberaten werden müsse.

4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Patenschaftsvereinbarungen Grabsteine" AN/1330/2011

Beigeordneter Prof. Quander macht darauf aufmerksam, dass die Beantwortung zur nächsten Sitzung schriftlich vorgelegt werde.

5 Schriftliche Anträge

6 Allgemeine Vorlagen

6.1 **Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 67480/03** **Arbeitstitel: Clouth-Gelände in Köln-Nippes, 1. Änderung 3797/2010**

RM Dr. Elster fragt, warum die Trennung der Ateliers von der Wohnbebauung zwingend erforderlich sei. Ihm fehle in diesem Zusammenhang die Darstellung der Notwendigkeit, warum Autos im Vorgarten besser seien als bildende Künstler. Außerdem fragt er bezüglich des Appendix der Halle 10, welche Kosten für die Abtrennung des Mauerwerks entstehen. Er nimmt an, dass diese Maßnahme teurer sei, als den Künstlern den Appendix zusätzlich für Ateliers zur Verfügung zu stellen.

Er zeigt auf, dass der Erbpachtzins nicht in der Rechnung enthalten sei. Der Erbpachtzins berechne sich aus der Investition des Erbpachtnehmers. Wenn man von 5 Prozent ausgehe, müsse man 100.000 EUR Erbpachtzins pro Jahr an die Stadt Köln abführen. Danach hätte man nach 5 Jahren, wenn man die Ertüchtigung der Halle 25 nicht in Rechnung stelle, faktisch das herausgearbeitet, was die Verwaltung als Mindererlös geltend mache.

Er bittet in diesem Zusammenhang um eine klare Ausarbeitung der tatsächlichen Kosten, die durch die Künstler verursacht werden. Es höre sich augenblicklich so an, als ob man nach 5 Jahren einen Gewinn von 200.000 EUR erziele, wenn die Halle 10 erhalte werde.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass die Federführung beim Baudezernat liege. Er schlägt vor, die Fragen mit der Bitte um Beantwortung im Stadtentwicklungsausschuss entsprechend weiterzuleiten.

RM von Bülow teilt mit, dass ihre Fraktion zu dem Urteil gekommen sei, die B-Plan-Änderung umzusetzen. Allerdings müsse gewährleistet sein, dass den Künstlern die Halle 10 zur Verfügung stehe und sie auf dem Gelände bleiben können. Außerdem müsse der Erbpachtvertrag so gestaltet sein, dass es für die Künstler zu händeln sei. Insofern stimme ihre Fraktion der Beschlussvorlage zu.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die Fragen ggf. im Stadtentwicklungsausschuss zu diskutieren. Der Beschlussvorschlag entspreche dem Ratsbeschluss. Hierbei gehe es um eine Bebauungsplanänderung. Dieser Prozess müsse seitens der Kultur kritisch begleitet werden, damit die Realisierung sichergestellt sei. Aus der Sicht ihrer Fraktion sei die Beschlussvorlage zustimmungsfähig.

RM Jung schlägt vor, die Beantwortung der Fragen am 7. Juli 2011 im Stadtentwicklungsausschuss vorzulegen und dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Kenntnis zu geben.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes 67480/03 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB für das Gebiet der Halle 10 —Arbeitstitel: Clouth-Gelände in Köln-Nippes, 1. Änderung—

einzuleiten. Planungsziel ist die planungsrechtliche Sicherung der Halle 10 entsprechend der Anlage 2.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – bei Enthaltung der CDU-Fraktion – zugestimmt.

6.2 Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln

1579/2011

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die „Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln“ in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 3). Zugleich beschließt er die Aufhebung der bisherigen „Honorarordnung für die freien Mitarbeiter/innen des Museumsdienstes der Stadt Köln“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln"
AN/1364/2011

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erläutert den Inhalt des Änderungs- bzw. Zusatzantrages.

Beschluss:

1. Eine Einheit für alle Leistungen beträgt sowohl für die Berechnung der Entgelte als auch für die der Honorare weiterhin 60 Minuten.
Die Anlage 3, Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln, wird in ihren §§ 2 und 3 entsprechend geändert.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung der Museen bzw. des Museumsdienstes bei Fremdführungen zu entwickeln. Zu prüfen sind u.a. ein Exklusivrecht des Museumsdienstes auf Führungen in städtischen Museen und ein Obulus, der bei Fremdführungen neben den Eintrittspreisen abzuführen ist („Korkengeld“)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Konzept Kunst im öffentlichen Raum in Köln

hier: Sechsmonatiger Feldversuch "Labor für Kunst im öffentlichen Raum"
1720/2011

Vorsitzende Dr. Bürgermeister spricht dem Kunstbeirat ihren Dank aus, dass dieser sich so engagiert der Sache annehme. Sie bemerkt, dass die Jurierung durch den

Kunstbeirat erfolgen soll und regt an, die politischen Vertreter im Kunstbeirat als stimmberechtigte Juroren mit einzubeziehen.

Der Leiter des Planungsreferates Stumm weist darauf hin, dass die Zusammensetzung der Jury vom Kunstbeirat vorgeschlagen werde und eine Beteiligung der Politik selbstverständlich sei.

RM Dr. Elster hebt hervor, dass das vorliegende Konzept lediglich ein erster Schritt sein könne, dem seine Fraktion dennoch zustimmen werde. Er fügt hinzu, dass Kunst im öffentlichen Raum nachhaltig gestärkt und unterstützt werden müsse. Außerdem sei es wichtig, künftige Vorfälle wie die beim Kunstwerk Ma'alot zu verhindern.

Frau Brunn macht darauf aufmerksam, dass die Beschlussvorlage nicht die Aktivitäten zu bereits vorhandener Kunst im öffentlichen Raum überflüssig machen soll. Es handle sich vielmehr darum, den ersten Schritt für ein Konzept analog zum Masterplan zu entwickeln.

Beschluss:

1. Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Empfehlung des Kunstbeirates zur Kenntnis, ein „Labor für Kunst im öffentlichen Raum“ einzurichten. Dieses Labor soll sich jeweils zeitlich befristet in wechselnden Planquadraten der Kölner Innenstadt modellhaft mit den Aspekten von Kunst im öffentlichen Raum und deren räumlichen und funktionalen Zusammenhängen befassen. Ziel der Laborarbeit ist die Entwicklung und Durchführung eines Handlungskonzeptes für Kunst im öffentlichen Raum.
2. Als Start für die Arbeit des Labors beauftragt der Ausschuss Kunst und Kultur die Verwaltung mit der Durchführung eines sechsmonatigen Feldversuchs. Zur Umsetzung werden externe Fachleute (z.B. Künstlerinnen/Künstler, Kunsthistorikerinnen/Kunsthistoriker, Architektinnen/Architekten, Urbanistinnen/Urbanisten, Soziologinnen/Soziologen) herangezogen, die mit Werkverträgen auszustatten sind. Die Auswahl wird über einen „open call“ generiert. Eine vom Kunstbeirat berufene Jury begutachtet die Bewerbungen, der Kunstbeirat benennt die Laboranten.

Zur Finanzierung beschließt der Ausschuss Kunst und Kultur die Verwendung der im Teilplan 0416 – Kulturförderung – in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – für Projektmittel Kunst im öffentlichen Raum veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 39.489 Euro.

3. Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt zur Kenntnis, dass das Planquadrat für den Feldversuch die Straßen DuMont-Straße, Krebsgasse, Brüderstraße, Perlenpfuhl, Hohe Straße, Unter Fethenhennen und Komödienstraße umfasst.
4. Die externen Fachleute berichten dem Kunstbeirat und dem Ausschuss Kunst und Kultur über den Fortgang des Feldversuchs. Nach Abschluss des Versuchs legt die Verwaltung dem Kunstbeirat und dem Ausschuss Kunst und Kultur einen Bericht vor, der das Ergebnis wertet. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage dem Ausschuss Kunst und Kultur einen Vorschlag zur Weiterentwicklung des Labors zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Ernennung des Tanzbeirates
2095/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur ernennt für die Amtsperiode 01.07.2011-30.06.2014 folgende Tanzbeiräte:

Frau Dr. Rita Kramp

Herr Peter Schmehl

Herr Thomas Thorausch

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.5 Bedarfsfeststellung Wiederaufbau des Historischen Archivs
2210/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln bestätigt, dass er mit seinem Beschluss vom 02.02.2010 die in der damaligen Vorlage (5379/2009) als Anlage 2 aufgeführten Bedarfe für die Wiederherstellung des Archivgutes festgestellt hat und verzichtet insoweit auf den Vergabevorbehalt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.6 Stiftung Skulpturenpark Köln
hier: Zuschuss der Stadt Köln
1985/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt, die Infrastrukturaufwendungen der Stiftung Skulpturenpark Köln für das Jahr 2011 in Höhe von 140.000 Euro mit 75.000 Euro – vorbehaltlich der hierfür vorgesehenen Ermächtigungsübertragung – zu beschüssen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.7 Rheinboulevard -Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Archäologie und Teilumplanung der Gründung
2037/2011**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass die Entwicklung des Projektes aus kulturpolitischer Sicht positiv zu bewerten sei. Sie hält die Konzeption zum Historischen

Park in Köln-Deutz durchaus für zufriedenstellend. Sie macht jedoch deutlich, dass die Angelegenheit die Stadt Köln vor eine Herausforderung stelle.

RM von Bülow schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu schieben, weil seitens des Ausschusses für Umwelt und Grün keine klare Beurteilung vorliege. Außerdem bestehe in ihrer Fraktion noch Beratungsbedarf.

Frau Brunn hebt hervor, dass das moderierte Verfahren bei der Umsetzung des Projektes sehr vorbildlich gewesen sei und man daraus lernen könne, wie man trotz in vielen Punkten sich widersprechenden Interessen, zu einem guten Ergebnis kommen könne. Es müsse ihres Erachtens nachdrücklich festgehalten werden, dass der Teil der Verteuerung, welcher scheinbar auf die archäologischen Grabungen zurückzuführen sei, partiell zu dem Problem der Gründung der Stufen am Fluss stehe.

Frau Friedlaender macht darauf aufmerksam, dass ein falsches geologisches Gutachten vorgelegt worden sei. Sie fragt, wie es dazu kommen konnte und ob dadurch nun erhebliche Mehrkosten entstehen.

Der Vertreter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen Herr Neweling erklärt, dass ein unabhängiger Gutachter mit der juristischen Prüfung beauftragt werde, ob möglicherweise ein Anspruch gegen das beratende Planungsbüro bestehe.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.8 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2011 0731/2011

RM von Bülow bemerkt, dass es für ihre Fraktion schwierig sei die Beschlussvorlage positiv zu bewerten, weil die dazugehörige Mitteilung zum Finanzbericht für das Museum Ludwig zum 17.06.2011 von der Verwaltung zurückgezogen wurde. Sie fragt nach dem Hintergrund.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass es zu dem Finanzbericht eine Reihe von Nachfragen der Kämmerei bezüglich der Einnahmeseite gegeben habe, die noch zu beantworten seien. Dies ändere jedoch inhaltlich nichts an der überplanmäßigen Aufwendung für das Museum Ludwig im Haushaltsjahr 2011. Die Beschlussvorlage sei unstrittig und von der Kämmerei mitgezeichnet worden.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden Dr. Bürgermeister erklärt Beigeordneter Prof. Quander, dass der Finanzbericht in der Septembersitzung vorgelegt werde.

RM Dr. Elster macht darauf aufmerksam, dass die entstandenen Mehrkosten sich aus Energiekosten, Bauunterhaltung, Bewachung und Unterhaltung der Sammlungen ergeben. Dies seien Punkte, die zum originären Museumsgeschäft gehören. Er vertritt die Auffassung, dass die verantwortungsvolle Kulturpolitik gehalten sei, die Museen auskömmlich zu finanzieren. Es sei außerdem wichtig, dass man künftig mit solchen Vorlagen nicht erst im Herbst konfrontiert werde, wie dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei.

Beigeordneter Prof. Quander pflichtet dem bei und ergänzt, dass bereits im vergangenen Jahr im Bereich des Museums Ludwig nachfinanziert worden sei. Er zeigt auf, dass es sich einerseits um eine strukturelle Unterfinanzierung handele. Das Museum versuche außerdem entsprechende Einsparungen vorzunehmen, um das andererseits zum Teil hausgemachte Problem zu lösen. Bei der vorliegenden Beschlussvorlage gehe es um den Mehrbedarf, der sich auf den strukturellen Bereich der laufenden Betriebskosten beziehe. Er weist im Übrigen darauf hin, dass mit der Stadtkämmerin besprochen worden sei, dass für die Haushaltsaufstellung 2012 strukturell unterfinanzierten Dinge dieser Art von der Verwaltung klar zu benennen seien.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 1.178.000 € im Teilplan 0402 – Museum Ludwig in den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2011.

Der überplanmäßige Bedarf wird durch Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen - Teilplan 1601 (Allgemeine Finanzwirtschaft), Teilplanzeile 2 (Zuwendungen und allg. Umlagen) gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Sonderausstellungen

8 Annahme von Schenkungen

**9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

10 Mitteilungen der Verwaltung

10.1 Beschlussprotokoll der 4. Sitzung des Kunstbeirates in der Ratsperiode 2009 - 2014 am 5.5.2011 1999/2011

Herr Sörries verweist auf den Tagesordnungspunkt 3 „Friedhof Melaten – Realisierung des Skulpturenwettbewerbsergebnisses zum 200-jährigen Jubiläum“. Hier habe der Kunstbeirat kritisiert, dass zwei Jurymitglieder benannt worden seien, obwohl beide ihre Teilnahme abgelehnt haben. Er bittet die Verwaltung diesbezüglich um eine entsprechende Stellungnahme.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2 Mündliche Anfrage von Frau Brunn bezüglich der Standorte für den Tanz vom 18.01.2011 Beantwortung der Verwaltung 2000/2011

Der stellvertretende Vorsitzende Peil übernimmt die Leitung der Sitzung.

Frau Brunn fragt, wie erreicht werden könne, dass letztendlich nicht weniger Standorte als bisher für den Tanz zur Verfügung stehen, schließlich sei das Tanzhaus gecancelt worden. Sie ist außerdem der Auffassung, dass man in Sachen Wachsfabrik und Orangerie weiter kommen müsse. Daher bittet sie darum, zur nächsten Sitzung einen Vorschlag vorzulegen, welche Folgerungen die Verwaltung aus diesem Bericht ziehe.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern macht darauf aufmerksam, dass in der Mitteilung ein Fazit enthalten sei. Hieraus seien die Folgerungen ersichtlich. Bezüglich der Wachsfabrik erklärt er, dass es sich hierbei um einen anderen Tatbestand handle. Die Wachsfabrik sei sowohl für den Tanz als auch für die bildende Kunst zum 31. Juli 2012 gekündigt worden. Allerdings stehe man in Verhandlungen mit dem Eigentümer, um die Räumlichkeiten für den Bereich Tanz für ein Jahr anzumieten. Er könne jedoch noch nicht Vollzug melden, da der Mietvertrag noch nicht unterschrieben sei. Er weist außerdem darauf hin, dass betreffend der Orangerie momentan eine entsprechende Ratsvorlage vorbereitet werde.

Frau Brunn unterstreicht, dass nach ihrer Auffassung die Orte für Produktion und Aufführung von Tanz stärker in das Zentrum des Interesses der Kulturpolitik rücken müssen.

RM Dr. Elster verweist auf die Darstellung in der Mitteilung, dass die Tanzresidenz Venloer Str./Studio 11 ausschließlich für Probenzwecke, bzw. für geschlossene Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Er bittet darum, die Aussage zu konkretisieren.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erläutert, dass dieser Ort nicht als Aufführungs- und Versammlungsstätte zugelassen und angemietet worden sei. Es handle sich hierbei um ein reines Tanzstudio in dem geprobt werde.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.3 Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen betreffend "Medienetat der Stadtbibliothek"
Beantwortung der Verwaltung
2010/2011**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.4 Fachkonzept des Historischen Archivs der Stadt Köln
2400/2011**

Die Mitteilung wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 27.09.2011 behandelt.

**10.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Kosten für städtische Bühnen und freie Kulturszene durch Neuordnung der Funkfrequenzen" vom 22.03.2011
Beantwortung der Verwaltung
2316/2011**

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass es entgegen der Ankündigung in der Anlage der Mitteilung, es zur Einreichung der Petition noch eines einzuhaltenden förmlichen Verfahrens bedarf. Die Genehmigung werde in zirka drei Wochen erwartet. Die elektronische Unterstützung der Petition werde deshalb erst ab etwa Mitte Juli möglich sein. Auf der Internetseite www.apwpt.org könne man sich jederzeit über den aktuellen Stand der Petition informieren.

Frau Brunn schlägt vor, die auf Bundesebene laufende Petition mit mehr Nachdruck zu unterstützen, als dies bisher der Fall gewesen sei.

Beigeordneter Prof. Quander macht darauf aufmerksam, dass dies von Kölner Seite bereits stark unterstützt werde. Der Bühnenverein vertrete die Angelegenheit federführend für die Gesamtorganisation. Die Stadt Köln sei Mitglied im Bühnenverein und er habe dort die Problematik nachdrücklich dargestellt.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.6 Information des Kulturausschusses über den Sachstand bzgl. der städtischen Künstlerateliers
2417/2011**

Herr Dr. Wackerhagen vertritt die Auffassung, dass der Ausschuss Kunst und Kultur nicht nur über den baulichen Zustand der Künstlerateliers informiert werden wolle. Er erinnert daran, dass es vor geraumer Zeit einen „Runden Tisch“ der Künstlerateliers gegeben habe, zu dem stets die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen eingeladen worden seien. Er betont, dass ihm inhaltliche Fragen, die über die Sanierung hinaus gehen, wichtig seien und nennt in diesem Zusammenhang als Beispiel die Problematik auf dem Clouth-Gelände.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern macht darauf aufmerksam, dass in den beiden letzten Sitzungen des Ausschusses Kunst und Kultur über die aktuellen Sachstände der neuen Atelierhäuser in Poll und der Deutz-Mülheimer-Straße ausführlich berichtet

worden sei. Außerdem sei die Thematik der Sanierung der städtischen Atelierräume soeben aufgegriffen worden. Demnach habe die Verwaltung den Ausschuss Kunst und Kultur hinreichend über die entsprechenden Veränderungen informiert, so dass es aus seiner Sicht für einen „Runden Tisch“ momentan keinen Bedarf gebe. Er weist speziell darauf hin, dass das Atelierhaus in Poll in der kommenden Woche eröffnet werde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fragt, ob die Mitglieder des Ausschusses Kunst und Kultur eine Einladung zur Eröffnung erhalten.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern sagt zu, dass dies noch per Mail geschehen werde.

Herr Sörries erinnert daran, dass im Rahmen des „Runden Tisches“ der Ateliers ange-regt worden sei, über eine Internetseite zu ermöglichen, vorhandene Ateliers dort ein-zutragen, um die Suche für die Nutzer dadurch zu vereinfachen. Er regt an, dies wei-ter zu verfolgen und zu realisieren.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.7 Denkmalpflegerisches Gutachten zum Friedhof Ehrenfeld 2011 2440/2011

Herr Dr. Heinemann fragt, welche Veränderung sich im Verhältnis zu der bisherigen Bestandsaufnahme ergeben habe. Er bittet darum, dies zur nächsten Sitzung schrift-lich zu beantworten.

RM Dr. Elster schlägt vor, die Mitteilung der Bezirksvertretung Ehrenfeld ebenfalls zur Kenntnis vorzulegen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.8 'Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' und Broschüre 'Köln 100 % - Kulturelle Vielfalt einer Stadt' 2315/2011

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.9 15. Kölner Museumsfest 2497/2011

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.10 Musikfestivals in Köln 2420/2011

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.11 Jahresbericht 2010 Museumsdienst Köln 2501/2011

Die Mitteilung wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 27.09.2011 behandelt.

10.12 Erweiterung der Öffnungszeiten des NS-Dokumentationszentrums 2634/2011

Frau Ruiten bedankt sich für die ausführliche Beantwortung und möchte wissen, was man tun könne, um die Öffnungszeiten des NS-Dokumentationszentrums bis 18:00 Uhr zu erweitern. Sie ist der Auffassung, dass die Stadt Köln es sich nicht leisten dürfe, diese wichtige Einrichtung bereits um 16:00 Uhr zu schließen.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil regt an, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln.

Die Mitteilung wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 27.09.2011 behandelt.

10.13 Sanierung des Uferbereiches am Friedrich-Ebert-Ufer in Köln-Porz hier: 2. Bauabschnitt -Stützmauer am Friedrich-Ebert-Ufer 2553/2011

Die Mitteilung wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur am 27.09.2011 behandelt.

10.14 Finanzberichtswesen für das Museum Ludwig zum 17.06.2011 1592/2011

Die Mitteilung wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

11 Mündliche Anfragen

11.1 Skulptur im Museum Schnütgen

Herr Deutsch verweist auf einen Bericht der FAZ vom 23. Juni 2011 in dem behauptet worden sei, dass es sich bei der vom Museum Schnütgen erworbenen Skulptur „Maria mit Kind“ um ein wertloses Replik handele. Hierauf sei seitens des Museums mit einem Gutachten reagiert worden. Er fragt, ob das Gutachten dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Verfügung gestellt werden könne.

Beigeordneter Prof. Quander sagt zu, die vorliegenden Gutachten nachzureichen.

11.2 Unterdenkmalschutzstellung der ehemaligen Gaststätte zur Walkmühle

RM Möller weist auf ein Schreiben des Dünwaldler Bürgervereins hin, in dem nach der Möglichkeit der Unterdenkmalschutzstellung der ehemaligen Gaststätte zur Walkmühle, insbesondere des dazu gehörigen Viktoriasaals in Köln-Dünwald gefragt werde.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass das Schreiben des Bürgervereins an die Stadtkonservatorin Dr. Kaymer weitergeleitet worden sei. Die Angelegenheit werde vom Amt für Denkmalschutz geprüft und entsprechend beschieden.

11.3 150-jähriges Jubiläum des Wallraf-Richartz-Museums

Herr Dr. Wackerhagen fragt, ob das Gutachten zum Ankauf eines Gemäldes zum 150jährigen Jubiläum des Wallraf-Richartz-Museums inzwischen vorgelegt worden sei. Dies sei Bestandteil des Beschlusses aus der letzten Sitzung gewesen.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass das Gutachten den Ratsmitgliedern vorgelegt worden sei und der Rat der Stadt Köln in seiner letzten Sitzung den Ankauf des Gemäldes beschlossen habe.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)

gez. Stefan Peil
(stellvertretender Vorsitzender)